

German Internet Panel (GIP) Reforms Monitor 2014: Kognitiver Pretest

Lenzner, Timo; Neuert, Cornelia; Otto, Wanda

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lenzner, T., Neuert, C., & Otto, W. (2014). *German Internet Panel (GIP) Reforms Monitor 2014: Kognitiver Pretest*. (GESIS-Projektbericht, 2014/09). Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.17173/pretest20>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

GIP Reforms Monitor 2014

Kognitiver Pretest
November 2014

Timo Lenzner, Cornelia Neuert & Wanda Otto

GESIS-Projektbericht 2014|09

GIP Reforms Monitor 2014

Kognitiver Pretest
November 2014

Timo Lenzner, Cornelia Neuert & Wanda Otto

GESIS-Projektberichte

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Survey Design and Methodology
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246 - 227 /-225 /-228

Telefax: (0621) 1246 - 100

E-Mail: timo.lenzner@gesis.org / cornelia.neuert@gesis.org / wanda.otto@gesis.org

DOI: 10.17173/pretest20

Zitierweise

Lenzner, T.; Neuert, C.; Otto, W. (2014): GIP Reforms Monitor 2014. Kognitiver Pretest. *GESIS Projektbericht*. Version: 1.0. GESIS – Pretestlabor. Text. <http://doi.org/10.17173/pretest20>

Inhalt

	Seite
1 Vorbemerkung und Ziel des Pretests.....	5
2 Stichprobe.....	6
3 Durchführung der Interviews/Methode im Pretest.....	8
4 Ergebnisse zu den einzelnen Fragen	9

1 Vorbemerkung und Ziel des Pretests

Das „German Internet Panel“ (GIP) ist das zentrale Datenerhebungsprojekt des Sonderforschungsbereichs 884 „Political Economy of Reforms“ der Universität Mannheim und liefert Informationen über individuelle Reformpräferenzen und deren Wandel an mehrere Forschergruppen. Zugleich ist das GIP die erste online durchgeführte Längsschnittstudie in Deutschland, die auf einer Zufallsstichprobe der Bevölkerung basiert und auch Personen, die zuvor keinen Zugang zu Computern und/oder Internet hatten, die Teilnahme durch entsprechende Ausstattung ermöglicht.

Ab März 2015 sollen jährlich Reformbereitschaft und Reformpräferenzen hinsichtlich zentraler Politikbereiche wie Arbeitsmarkt, Bildung, Europa und dabei insbesondere der Euroraum, Gesundheit, Renten und Steuern im so genannten „Reforms Monitor“ erhoben werden. Zur Vorbereitung dieses Moduls sollen alle der insgesamt 20 Fragen unter methodischen und fragebogentechnischen Aspekten einem kognitiven (Labor-)Pretest unterzogen und aufgrund der Testergebnisse überarbeitet werden.

Zu diesem Zweck wurde das GESIS-Pretestlabor von der GIP-Projektgruppe mit der Durchführung des kognitiven Pretests beauftragt. Ansprechperson auf Seiten der Projektgruppe war Frau Franziska Gebhard von der Universität Mannheim.

2 Stichprobe

Anzahl der kognitiven

Interviews: 20

Auswahl der Zielpersonen: Quotenauswahl

Quotenplan: Die Auswahl der Testpersonen erfolgte nach den Quoten Alter (18 - 40 Jahre; 41 Jahre und älter), Schulbildung (Fachhochschulreife/Abitur; kein Abitur) und Geschlecht.

Altersgruppe	Schulbildung	Frauen	Männer	Summe
18 - 40	Weniger als Abitur	2	3	5
18 - 40	Fachhochschulreife/Abitur	3	2	5
41 - 75	Weniger als Abitur	3	2	5
41 - 75	Fachhochschulreife/Abitur	2	3	5
GESAMT		10	10	20

Zentrale Merkmale der 20 Testpersonen:

Testpersonen-Nr.	Geschlecht	Geburtsjahr	Schulabschluss*
01	weiblich	1989	B
02	weiblich	1982	C
03	weiblich	1981	F
04	männlich	1980	B
05	männlich	1977	C
06	weiblich	1990	G
07	weiblich	1984	G
08	männlich	1991	G
09	männlich	1987	G
10	männlich	1980	C
11	weiblich	1944	B
12	weiblich	1957	B
13	weiblich	1970	C
14	männlich	1948	B
15	männlich	1965	B
16	weiblich	1973	G
17	weiblich	1957	G
18	männlich	1955	G
19	männlich	1954	G
20	männlich	1959	G

- * Codes:
- A - Von der Schule abgegangen ohne Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss)
 - B - Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss)
 - C - Realschulabschluss (Mittlere Reife)
 - D - Polytechnische Oberschule der DDR mit Abschluss der 8. oder 9. Klasse
 - E - Polytechnische Oberschule der DDR mit Abschluss der . Klasse
 - F - Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule
 - G - Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur (Gymnasium bzw. EOS, auch EOS mit Lehre)

3 Durchführung der Interviews/Methode im Pretest

Feldzeit:	27. Oktober bis 06. November 2014
Anzahl der Testleiter:	5
Im GESIS-Pretestlabor durchgeführte Tests (Videoaufnahme):	20
Vorgehensweise:	Einsatz eines Evaluationsfragebogens
Befragungsmodus:	CAWI
Eingesetzte kognitive Techniken:	General Probing, Specific Probing, Comprehension Probing, Emergent Probing.
Testpersonenhonorar:	30 Euro

4 Ergebnisse zu den einzelnen Fragen

Zu testende Frage:

1. Was ist Ihre persönliche Meinung zum Pflegesystem in Deutschland? Inwieweit sollte die Bundesregierung das Pflegesystem verändern?

Mit **Pflegesystem** meinen wir, wie die Pflege für die Pflegebedürftigen in Deutschland organisiert und finanziert wird. Pflegebedürftig ist man in der Regel dann, wenn man längerfristig in den Aktivitäten des täglichen Lebens eingeschränkt und auf Pflege durch Familienangehörige oder professionelle Dienste angewiesen ist.

Bitte antworten Sie anhand der Skala.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Bundesregierung sollte das Pflegesystem...

gar nicht verändern										vollständig verändern	
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1	-	1	-	1	2	1	6	7	-	1	

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Comprehension Probing, Specific Probing.

Befund:

Fast drei Viertel der Testpersonen (n=13) entscheiden sich für den Wert 7 (n=6) oder 8 (n=7) auf der Skala und signalisieren damit eine Tendenz in Richtung vollständiger Veränderung. Vier Testpersonen entscheiden sich entweder für die Mitte (Skalenwert 5, n=2) oder jeweils einen Punkt links oder rechts davon. Eine Testperson möchte eine vollständige Veränderung des Pflegesystems (TP 11), während eine andere Testperson nicht möchte, dass die Bundesregierung das Pflegesystem in Deutschland verändert (TP 03). Eine weitere Testperson (TP 09) ist auch eher gegen eine Veränderung und entscheidet sich für den Skalenwert 2.

Testperson 20 hat Schwierigkeiten, die Skala zu interpretieren und fragt sich, was jeweils mit den Werten gemeint ist:

- TP: „Das ist jetzt auch eine gute Frage. Was heißt jetzt eins und zehn?“
TL: „Je weiter nach rechts, desto mehr möchten Sie es verändert haben.“
TP: „Und in welche Richtung? Abbau? Also ich hätte jetzt eher gedacht, je mehr ich nach rechts gehe, desto mehr verändere ich es. Aber eher zum Positivem als zum Negativem. Und was soll ich jetzt machen? Also ich würde es gerne verändern, also nehme ich mal die 5.“

Die Testpersonen, die sich für eine Veränderung des Pflegesystems durch die Bundesregierung aussprechen, sehen vor allem in den folgenden Bereichen Veränderungsbedarf: Finanzierung von/Kosten für Pflege (TP 06, 14, 15, 19, 20), verbesserte Bedingungen für das Pflegepersonal oder die pflegenden Angehörigen, um bessere Leistungen und mehr Unterstützung anbieten zu können (TP 01, 02, 05, 07, 10, 11, 12, 13, 16, 17, 18) und Änderung der Formalitäten bei der Beantragung von Leistungen, um diesen bürokratischen Prozess zu vereinfachen (TP 04, 08).

Mit dem Begriff „Pflegesystem“ verbindet der Großteil der Testpersonen (n=18) in erster Linie die Bereiche der Alten- und Krankenpflege. Dabei denken sie sowohl an stationäre Pflege, als auch an ambulante Pflege zu Hause. Von einigen der Testpersonen werden zusätzliche Bereiche genannt, wie beispielsweise die Pflege von Menschen mit Behinderung (TP 05, 08) oder bei Berufsunfähigkeit (06, 09) bzw. beruflichen Wiedereingliederungs- oder Reha-Maßnahmen (TP 07). Die übrigen zwei Testpersonen denken ganz allgemein an den Bereich der Pflegeversicherung (TP 19) oder an die Sozialabgaben in diesem Bereich (TP 20).

Keine der Testpersonen würde die Frage anders bewerten, wenn hier statt von der „Bundesregierung“ vom „Staat“ die Rede wäre.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen.

Darüber hinaus empfehlen wir bei all jenen Fragen, bei denen die Befragten eine Einschätzung zur Veränderung von Systemen vornehmen sollen, eine „Kann ich nicht sagen“-Kategorie anzubieten, damit die Befragten, die sich mit diesem Thema nicht auskennen oder der Ansicht sind, hier keine Aussage treffen zu können, dies auch zum Ausdruck bringen können.

Zu testende Frage:

2. Seit dem 01. Januar 2013 liegt der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung bei 2,05% des Brutto-Einkommens (beziehungsweise 2,3% des Brutto-Einkommens bei kinderlosen Personen). Bei Arbeitnehmern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte dieses Beitrags.

Inwieweit sollte dieser Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung verändert werden?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung sollte...

Häufigkeitsverteilung (N=20)

stark erhöht werden	2
etwas erhöht werden	8
gleich bleiben	6
etwas gesenkt werden	3
stark gesenkt werden	1

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing, Comprehension Probing.

Befund:

Die Hälfte der Testpersonen gibt an, dass der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung „stark erhöht“ (n=2) oder „etwas erhöht“ werden sollte (n=8). Vier Testpersonen sind der Meinung, dass der Beitrag „etwas gesenkt“ (n=3) oder „stark gesenkt“ (n=1) werden sollte. Insgesamt sechs Testpersonen sprechen sich für einen gleich bleibenden Beitrag aus.

Dass der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung gleich bleiben sollte, wird zum einen damit begründet, dass er sich (für den Arbeitnehmer) momentan noch auf einem bezahlbaren Niveau befindet (TP 12, 18) und zum anderen damit, dass es sonst eine Entscheidung zwischen der Senkung von Leistungen und dem Bezahlen eines höheren Beitrags wäre (TP 02, 08). Testperson 06 begründet ihre Antwort damit, dass sie glaubt, dass sie selbst (privat) mehr vorsorgen sollte. Testperson 05 hat bei der Beantwortung ausschließlich an den Arbeitnehmeranteil gedacht und dieser soll sich ihrer Meinung nach nicht verändern: *„Hier bin ich mir unklar, wessen Beitrag hier gemeint ist? Der Beitrag des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers? Ich finde, der Beitrag des Arbeitgebers sollte erhöht werden, aber nicht der des Arbeitnehmers. Ich würde jetzt hier an den Beitrag des Arbeitnehmers denken und dann würde ich sagen, der soll gleich bleiben. Aber das ist nicht klar.“* (TP 05).

Ähnlich argumentieren auch zwei Testpersonen (TP 17, 20), die bei der Beantwortung ausschließlich an den Arbeitgeberanteil gedacht haben und sich deswegen dafür entschieden haben, dass der Beitrag „erhöht“ werden sollte:

- „Mir ist unklar, welche Anteile hier gemeint sind. Geht es um den Anteil der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber? Ich finde, dass der Arbeitgeberanteil erhöht werden sollte.“ (TP 17)
- „Ich interpretiere es jetzt mal so, dass die Arbeitgeber...[dass sich der Arbeitgeberanteil stark erhöhen soll]. Weil der Arbeitgeber sowieso schon, in meinem Job ist das so, die Leute ausbeutet. Und das auch oft auf die Gesundheit geht von den Menschen, die dort arbeiten.“ (TP 20)

Die übrigen acht Testpersonen, die sich für eine Erhöhung des Beitrags ausgesprochen haben, erklären ihre Antwort damit, dass sie davon ausgehen, dass dann auch die Leistungen steigen (TP 04, 10, 14, 16, 19) und dass die Mehreinnahmen für die Bezahlung des Pflegepersonals genutzt werden könnten (TP 01, 03). Testperson 09 hält eine Erhöhung aufgrund der demographischen Entwicklung für notwendig: *„Wenn wir uns die derzeitigen Prognosen anschauen, auch mit der immer älter werdenden Bevölkerung, dann sollte der Staat daran denken und vorsorgen. Da sollte man etwas erhöhen, nur etwas, weil eine starke Erhöhung auch wieder gekoppelt ist mit Beitragserhöhung und das hat wieder Folgen auf Einkommen und da muss man vorsichtig sein.“* (TP 09)

Von den vier Testpersonen, die angeben, dass der Beitrag gesenkt werden sollte, begründen dies drei damit, dass sie sowieso schon so viel bezahlen müssen (TP 11, 15) bzw. damit, dass man das Geld für die Pflege ja auch aus anderen Steuertöpfen bezahlen könnte (TP 13). Testperson 07 ist für eine Senkung des Beitrags, weil sie findet, dass in diesem Bereich stattdessen vermehrt privat vorgesorgt werden sollte: *„Obwohl ich denke, dass man dafür sorgen sollte, dass das System leichter zugänglich ist und die Pfleger besser bezahlt werden sollten, finde ich trotzdem, dass man sich privat darum kümmern sollte.“* (TP 07).

Insgesamt zeigt sich, dass nicht alle Testpersonen bei der Beantwortung gleichermaßen an den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil denken. Sechs Testpersonen denken bei der Beantwortung ausschließlich an entweder den Arbeitgeber- oder den Arbeitnehmeranteil, was sich in der Beurteilung der Frage niederschlägt. Wer an den Arbeitnehmeranteil denkt, spricht sich für das Gleichbleiben des Beitrags aus (TP 05, 18). Wer an den Arbeitgeberanteil denkt, findet dass dieser generell erhöht werden könnte (TP 17, 20) oder dass er entweder statt dem Arbeitnehmeranteil (TP 10) oder zumindest stärker als der Arbeitnehmeranteil (TP 16) steigen sollte.

Abgesehen von einer Person verstehen alle Testpersonen unter „Brutto-Einkommen“ das individuelle Bruttoeinkommen:

- „Also das, was im Vertrag steht, das Gehalt vor den ganzen Abzügen.“ (TP 06)
- „Das, was sie ohne Abzüge bekommen.“ (TP 12)
- „Das Einkommen vor Steuerabzug.“ (TP 14)
- „Das Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben bzw. bei Selbstständigen das zu versteuernde Einkommen.“ (TP 18)

Testperson 19 verbindet mit dem Begriff „Brutto-Einkommen“ das „Einkommen aus nicht-selbstständiger Arbeit“.

Empfehlung:

Frage: Aufgrund der Unklarheiten bezüglich der Finanzierung des Beitrags zur gesetzlichen Pflegeversicherung, empfehlen wir, die Frage um eine zusätzliche Erklärung zu ergänzen, in der verdeutlicht wird, dass es sich bei der Frage um die Beurteilung des Gesamtbeitrags, also um die Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt.

„Seit dem 01. Januar 2013 liegt der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung bei 2,05% des Brutto-Einkommens (beziehungsweise 2,3% des Brutto-Einkommens bei kinderlosen Personen). Bei Arbeitnehmern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte dieses Beitrags.

Inwieweit sollte dieser Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung verändert werden? Eine Veränderung des Beitrags bezieht sich immer auf den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil.

Alternativ wäre auch eine Anpassung analog zu Frage 11 denkbar:

„Seit dem 01. Januar 2013 liegt der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung bei 2,05% des Brutto-Einkommens (beziehungsweise 2,3% des Brutto-Einkommens bei kinderlosen Personen). Bei Arbeitnehmern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte dieses Beitrags.

Inwieweit sollte dieser Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung verändert werden?

Bedenken Sie dabei, dass höhere Ausgaben unter anderem auch über höhere Sozialabgaben, also letztlich über Abzüge vom Gehalt, finanziert werden müssen.“

Antwortkategorien: Belassen.

Zu testende Frage:

3. Wie viel würden Sie zusätzlich zur gesetzlichen Pflegeversicherung privat bezahlen, um sich im Fall von Pflegebedürftigkeit eine gute Versorgung leisten zu können? Geben Sie bitte an, wie viel Sie pro Monat bezahlen würden.

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Zwischen 1-10 Euro pro Monat	2
Zwischen 11-20 Euro pro Monat	5
Zwischen 21-30 Euro pro Monat	2
Zwischen 31-40 Euro pro Monat	2
Zwischen 41-60 Euro pro Monat	5
Zwischen 61-80 Euro im Monat	1
Zwischen 81-100 Euro im Monat	-
Mehr als 100 Euro im Monat	-
Ich bin nicht bereit, privat einen zusätzlichen Betrag zu bezahlen	3

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing, Comprehension Probing.

Befund:

Von den insgesamt 20 Testpersonen sind 17 bereit zusätzlich privat einen Betrag für die Pflege zurückzulegen. Die Höhe der Beträge reicht dabei von „zwischen 1-10 Euro pro Monat“ bis „zwischen 61-80 Euro im Monat“. Die beiden höchsten Antwortkategorien wurden hingegen von niemandem ausgewählt. Drei Personen geben an, nicht bereit zu sein, einen zusätzlichen Betrag zu bezahlen.

Darüber hinaus wurden die Testpersonen gefragt, ob sie bereits eine private Pflegezusatzversicherung abgeschlossen haben, ob sie anderweitig privat einen Betrag für die Pflegebedürftigkeit zurücklegen oder ob sie momentan privat keinen zusätzlichen Betrag zur Pflegeversicherung zurücklegen. Von den 17 Testpersonen, die angegeben haben, dass sie bereit wären einen zusätzlichen Betrag zu bezahlen, zahlen fünf Testpersonen bereits aktuell in eine private Pflegezusatzversicherung ein (TP 11, 12, 14, 19) oder legen anderweitig privat einen Betrag für die Pflegebedürftigkeit zurück (TP 06, Berufsunfähigkeitsversicherung).

In der jetzigen Form der Frage lässt sich aus den Antworten bisher nicht schließen, ob es sich bei der gegebenen Antwort um eine Bereitschaft handelt oder ob tatsächlich bereits privat in eine Pflegeversicherung eingezahlt wird bzw. anderweitig privat ein Betrag für die Pflegebedürftigkeit zurückgelegt wird.

In einer weiteren Nachfrage wollten wir von den Befragten wissen, was sie unter einer „guten Versorgung“ verstehen. Dabei lassen sich die Befragten grob in drei Gruppen einteilen: Personen, die damit eine Art „Grundversorgung“ verbinden (3 TPs), Personen, die damit etwas mehr als die Standardversorgung verbinden (13 TPs) und Personen, die vor allem an die finanzielle Absicherung denken (4 TPs).

Verständnis Grundversorgung:

- „Eine gute Versorgung ist für mich keine überragende, sondern durchschnittliche Versorgung.“ (TP 08)
- „Es wäre wichtig, dass man abgesichert ist und über die Runden kommt, wenn man pflegebedürftig wird. Also dass man nicht hungern muss.“ (TP 06)
- „Es geht um die Existenzversorgung. Gut ist ja relativ. Ich gehe davon aus, dass die Existenzbedürfnisse gedeckt werden.“ (TP 09)

Von der reinen Deckung der existentiellen Grundversorgung lassen sich diejenigen unterscheiden, die mit einer „guten Versorgung“ darüber hinaus noch einen menschlichen, unterstützenden Umgang verbinden, der über die reine (medizinische) Grundversorgung hinausgeht:

- „Dass man sich vielleicht etwas Besseres als den Standard leisten kann.“ (TP 05)
- „Also wenn ich das auf Altenpflege beziehe, dann dass regelmäßig jemand für mich da ist, nachschaut, mit mir spricht.“ (TP 07)
- „Dass ich meine Würde behalten kann und dass die Schwester morgens kommt und mir Frühstück hinstellt und vielleicht mal fragt wie es mir geht und ich einfach gut und menschlich behandelt werde und nicht wie ein Gegenstand.“ (TP 10)
- „Dass die Leute nicht einfach in ein Zimmer geschoben werden und irgendwelche Tabletten bekommen, damit sie ruhig gestellt sind. Dass genug Personal da ist, dass sich um die Leute gekümmert wird, dass das Zwischenmenschliche noch da ist.“ (TP 13)
- „Entweder im Pflegeheim, dass nicht nur kurz nach mir geguckt wird, ob alles in Ordnung ist und ich ein paar Tabletten bekomme, sondern dass ich einen Ansprechpartner habe. Oder wenn man sich jemanden nach Hause holt, der bei einem wohnt. Das ist für mich eine gute Versorgung, wenn ich in meinen eigenen vier Wänden sein kann und ich jemanden habe, der alles macht.“ (TP 16)
- „Damit meine ich eine bessere Versorgung als die gesetzliche Mindestleistung.“ (TP 18)

Für die dritte Gruppe steht bei einer „guten Versorgung“ vor allem die finanzielle Absicherung im Vordergrund:

- „Dass man in jeder Lage gut abgesichert ist und Familienangehörige nicht bezahlen müssen, falls was schief läuft.“ (TP 02)
- „Dass ich gesundheitlich versorgt werde, wenn ich es nötig habe. Und dass es nicht zu kostspielig sein sollte. [...] Ja, dass ich meine Operationen nicht selbst bezahlen muss. Dass ich die Pflege nicht selbst bezahlen muss.“ (TP 15)
- „Das bedeutet für mich, dass im Extremfall ein Heimplatz finanziert werden könnte.“ (TP 19).

Empfehlung:	<p>Um unterscheiden zu können, ob Befragte bereits privat vorsorgen oder ob es sich bei der gegebenen Antwort lediglich um eine Bereitschaftserklärung handelt, sollte der Frage eine Filterfrage vorgeschaltet werden:</p> <p>„Zahlen Sie aktuell in eine private Pflegezusatzversicherung ein oder legen Sie anderweitig privat einen Betrag für die Pflegebedürftigkeit zurück?“ mit den Antwortkategorien:</p> <ul style="list-style-type: none">- Ja, ich zahle in eine Pflegezusatzversicherung ein- Ja, ich lege privat einen Betrag für die Pflegebedürftigkeit- Nein, ich bezahle momentan privat keinen zusätzlichen Betrag zur Pflegeversicherung
Frage:	<p>Belassen und nur den Befragten stellen, die bei der Filterfrage angeben, dass sie momentan privat keinen zusätzlichen Betrag zur Pflegeversicherung bezahlen.</p> <p>Wer bereits privat vorsorgt könnte eine analoge Frage erhalten, um zu erfahren, mit welchem Betrag privat bereits vorgesorgt wird:</p> <p>„Wie viel bezahlen Sie bereits zusätzlich zur gesetzlichen Pflegeversicherung privat, um sich im Fall von Pflegebedürftigkeit eine gute Versorgung leisten zu können? Geben Sie bitte an, wie viel Sie pro Monat bezahlen.“</p>
Antwortkategorien:	<p>Belassen.</p> <p>(Die letzte Antwortkategorie würde bei denjenigen Befragten entfallen, die bei der Filterfrage bereits angegeben haben, dass sie privat vorsorgen.)</p>

Zu testende Frage:

4. Was ist Ihre persönliche Meinung zur sozialen Sicherung von Arbeitslosen in Deutschland? Inwieweit sollte die Bundesregierung die soziale Sicherung von Arbeitslosen verändern?

Bitte antworten Sie anhand der Skala.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Bundesregierung sollte die soziale Sicherung von Arbeitslosen...

gar nicht verändern										vollständig verändern	
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
3	-	-	2	-	5	2	4	3	-	1	

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Insgesamt fünf Testpersonen entscheiden sich bei der Frage, ob die Bundesregierung die soziale Absicherung von Arbeitslosen verändern sollte, für die Mitte (Skalenwert 5). Neun Testpersonen lassen einen Wunsch nach Veränderung erkennen, davon entscheiden sich zwei für den Skalenwert 6, vier für den Skalenwert 7 und drei für den Skalenwert 8. Eine Testperson entscheidet sich für den Skalenwert 10 und damit für eine vollständige Veränderung der sozialen Absicherung von Arbeitslosen durch die Bundesregierung, während drei Testpersonen keinen Veränderungsbedarf in diesem Bereich sehen. Zwei weitere Testpersonen entscheiden sich für den Skalenwert 3.

Zwei Testpersonen haben bei dieser Frage Schwierigkeiten bei der Beantwortung: Testperson 20 ist wie bereits in Frage 1 unsicher, ob sich die Veränderungen auf positive oder negative Veränderungen beziehen und entscheidet sich aus diesem Grund für die Mitte (Skalenwert 5). Und auch Testperson 11 fragt sich zunächst, wie die Veränderung aussehen soll: „Ja wie ist das gemeint? Sollen die noch mehr Geld kriegen die Arbeitslosen?“.

Zusätzlich wurden die Testpersonen gefragt, was sie in dieser Frage unter der „sozialen Absicherung von Arbeitslosen verstehen“ und an welche Aspekte der Sicherung von Arbeitslosen sie beim Beantworten der Frage gedacht haben. Die Antworten sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Fast alle Testpersonen haben bei der „sozialen Absicherung von Arbeitslosen“ an Arbeitslosengeld gedacht. Lediglich zwei Testpersonen geben an, dabei nicht an finanzielle Unterstützung gedacht zu haben: „Bei der sozialen Sicherung von Arbeitslosen habe ich nicht an das Finanzielle sondern eher das Integrative gedacht, dass man auch soziale Leistungen anbietet, wie beispielsweise Kulturangebote für Arbeitslose, die sich das auch vom Finanziellen nicht leisten können, dass man denen das ermöglicht. Ihnen Bildungsmöglichkeiten gibt. Deshalb habe ich auch die 8 genommen, weil das noch sehr

schwach ausgeprägt ist. Finanziell werden sie unterstützt, aber was die soziale Sicherung angeht ist das noch ein bisschen schwach und zu wenig." (TP 08)

Jeweils etwa die Hälfte der Testpersonen hat bei der „sozialen Absicherung von Arbeitslosen“ auch an Wohngeld und an Förderungsmaßnahmen, wie z.B. Weiterbildungen gedacht. An Umschulungen hingegen haben nur vier der zwanzig Testpersonen beim Beantworten der Frage gedacht (TP 04, 08, 11, 19).

	ja	nein
Arbeitslosengeld	18	2
Förderungsmaßnahmen (wie z.B. Weiterbildungen)	9	11
Umschulungen	4	16
Wohngeld	10	10
Etwas anderes:	4	16

Vier Testpersonen geben an, zusätzlich noch an etwas anderes gedacht zu haben: Testperson 02 hat bei der Sicherung von Arbeitslosen auch an Hartz IV gedacht und Testperson 13 zählt ebenfalls *„kranken-versichert zu sein“* mit dazu. Testperson 07 hat an *„sämtliche Leistungen, die man bezahlt bekommt [gedacht], also Arbeitslosengeld, Fahrtkosten, Führerscheinzuschuss, Wohngeld“*. Testperson 08 denkt, wie oben bereits beschrieben, vor allem an Maßnahmen zur Integration von Arbeitslosen.

Auch bei dieser Frage wollten wir von den Befragten wissen, ob sie diese Frage anders beantworten würden, wenn hier statt von der „Bundesregierung“ vom „Staat“ die Rede wäre. Testperson 07 gibt an, dass sie bei dieser Frage dann statt dem Skalenwert 8 einen Wert von 6 gewählt hätte und begründet Ihre Entscheidung folgendermaßen: *„Ich würde sie anders beantworten, weil ich finde, Staat klingt ein bisschen härter. Da würde ich mich zu reguliert fühlen. Bundesregierung hat so etwas: Die habe ich ja selber gewählt, dann habe ich das auch selbst gewollt.“* Darüber hinaus macht die Formulierung „Staat“ anstelle von „Bundesregierung“ aber für keine weitere Testperson einen Unterschied.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen.

Auch bei dieser Frage empfehlen wir eine „Kann ich nicht sagen“-Kategorie anzubieten, damit diejenigen Befragten, die sich mit diesem Thema nicht auskennen oder der Ansicht sind, hier keine Aussage treffen zu können, dies auch zum Ausdruck bringen können.

Zu testende Frage:

5. Welche der folgenden Bedingungen sollten Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, erfüllen, damit sie Arbeitslosengeld II erhalten?

Bitte geben Sie alles Zutreffende an.

Häufigkeitsverteilung (N=20, Mehrfachantworten)

Sie sollten...	Anzahl Nennungen
...bedürftig sein, das heißt, dass weder sie selbst noch ein Mitglied des Haushalts für den Lebensunterhalt aufkommen kann	8
...sich aktiv um Arbeit bemühen	16
...zumutbare Arbeitsangebote annehmen	13
...jedes Arbeitsangebot annehmen	-
...zuvor in Deutschland gearbeitet haben	4
...die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen	4
...sonstige Bedingungen erfüllen, und zwar:	-
Sie sollten ohne weitere Bedingungen Arbeitslosengeld II erhalten.	2
Das Arbeitslosengeld II sollte abgeschafft werden.	2

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing, Comprehension Probing.

Befund:

Bei der Frage „Welche der folgenden Bedingungen sollten Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, erfüllen, damit sie Arbeitslosengeld II erhalten“, kreuzen drei Viertel der Befragten an, dass sie sich „aktiv um Arbeit bemühen sollten“ (n=16). Dreizehn Testpersonen kreuzen an, dass sie „zumutbare Arbeitsangebote annehmen“ sollten und acht Testpersonen finden, dass sie „bedürftig sein“ sollten. Jeweils vier Testpersonen sind der Meinung, dass sie „zuvor in Deutschland gearbeitet haben“ sollten oder dass sie „die deutsche Staatsbürgerschaft“ besitzen sollten.

Zwei Testpersonen entscheiden sich für die Antwort, dass Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, Arbeitslosengeld II erhalten sollten, ohne weitere Bedingungen erfüllen zu müssen. Und zwei Testpersonen sind der Meinung, dass „das Arbeitslosengeld II abgeschafft werden sollte“ (TP 05, 20). Testperson 05 erklärt dabei ihre Antwort folgendermaßen: „Das ist auch unklar: ALG II sollte abgeschafft werden. Das bedeutet jetzt nicht, dass die Leute kein Geld mehr bekommen sollten, sondern dass das System abgeschafft werden sollte. Ich bin für ein Grundeinkommen“.

Für dreizehn der zwanzig Testpersonen ist das „Arbeitslosengeld II“ das gleiche wie Hartz IV:

- „Das ist Hartz IV. Arbeitslosengeld kriegt man glaube ich ein Jahr lang nach dem man arbeitslos geworden ist, also bis zu einem Jahr. Und Hartz IV danach.“ (TP 02)
- „Umgangssprachlich ist das Hartz IV.“ (TP 06)
- „Arbeitslosengeld I ist ja, wenn jemand arbeitslos wird, dann bekommt er Arbeitslosengeld I. Das geht, glaube ich, ein Jahr. Und Arbeitslosengeld II ist das, was wir unter Hartz IV verstehen.“ (TP 09)

Vier Testpersonen machen einen Unterschied zwischen Arbeitslosengeld II und Hartz IV, wobei davon drei Personen (TP 10, 11, 14) der Meinung sind, dass das Arbeitslosengeld II höher ausfällt als Hartz IV:

- „Unterschiedliche Dinge. Bei Hartz IV bekommt man ja noch weniger.“ (TP 11)
- „Ich glaube man kriegt Arbeitslosengeld und danach kriegt man quasi Sozialhilfe. Also ich glaube, dass Arbeitslosengeld ein bisschen mehr ist wie Hartz IV. [...] Ich hoffe einfach, dass das Arbeitslosengeld ein bisschen mehr ist. Ich würde es mir wünschen.“ (TP 10)

Testperson 13 hingegen glaubt, dass das Arbeitslosengeld II weniger ist als Hartz IV (*„Hartz IV ist nicht das gleiche wie ALG II. Das ist weniger oder? Da habe ich mir gar keine Gedanken drüber gemacht. Ich glaube, Arbeitslosengeld II ist weniger“*).

Zwei Testpersonen (TP 04, 12) geben an, nicht genau zu wissen bzw. unsicher zu sein, was unter „Arbeitslosengeld II“ zu verstehen ist.

Unter „bedürftig sein“ verstehen die Testpersonen vor allem Personen, die nicht selbst für ihre Grundversorgung aufkommen können. Dazu zählen sie beispielsweise Personen, die aufgrund von Alter oder Krankheit nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten oder anderweitig eingeschränkt sind:

- „Wenn man sich nicht mehr um sich selbst kümmern kann. Wenn man z.B. nicht arbeiten gehen kann, weil man keinen Job hat oder krank ist.“ (TP 06)
- „Bedürftig ist für mich jemand, der sich kein Essen kaufen kann und kein Dach über dem Kopf hat.“ (TP 07).
- „Zum Beispiel Familien mit Kindern, die an die Tafel gehen müssen damit sie was zu essen und zu trinken haben. Da bekommen sie Schulsachen. Ja, Familien die auf dem untersten Niveau sind.“ (TP 11)
- „Wenn man seinen Unterhalt nicht selbst bestreiten kann. Also jetzt nicht den Flachbildschirm.“ (TP 14)
- „Wenn jemand arbeitslos ist und kein oder wenig Geld hat. Der muss ja auch irgendwie seinen Lebensunterhalt bestreiten.“ (TP 15)
- „Wenn man so arm ist, die Eltern nicht arbeiten. Bedürftig ist, wenn man nicht arbeiten gehen kann, also krankheitsbedingt, nicht die, die Hartz IV bekommen, weil sie es von der Familie nicht anders kennen.“ (TP 16)
- „Hier ist ja erklärt, dass weder die Person selbst noch andere, die mit ihm zusammenleben für den Unterhalt aufkommen können, also dass kein oder zu wenig Geld da ist, um den Lebensunterhalt zu sichern.“ (TP 18)

Insgesamt zeigt sich unter den Befragten ein relativ einheitliches Verständnis darüber, was die Befragten unter „bedürftig“ verstehen.

Abschließend wollten wir von den Befragten wissen, ob es für sie einen Unterschied zwischen den beiden Antwortkategorien 3 „zumutbare Arbeitsangebote annehmen“ und 4 „jedes Arbeitsangebot annehmen“ gibt und wenn ja, worin dieser Unterschied liegt.

Für neunzehn von zwanzig Testpersonen besteht ein Unterschied zwischen „zumutbaren“ und „allen“ Arbeitsangeboten. Zumutbar sind dabei Tätigkeiten, die hinsichtlich Qualifikation, körperlichen und seelischen Voraussetzungen, Distanz zum Arbeitsplatz, Bezahlung und familiärem Umfeld angemessen sind:

- „Die zumutbaren Angebote finde ich, sollten auf die Person zugeschnitten sein, aber der Weg sollte nicht zu weit sein und man sollte gut hinkommen. Es sollte schon noch zusagen. Und jedes Angebot müsste man dann annehmen egal wie man hinkommt oder wie lang der Weg ist.“ (TP 02)
- „Jedes Angebot kann man nicht immer annehmen. Das hängt von der Ausbildung ab und es sollte den Leuten auch Spaß machen. Wenn man eine Ausbildung als Arzt gemacht hat, kann man auch nicht sagen, der soll putzen gehen.“ (TP 03)
- „Ich finde nicht, dass man alles annehmen sollte, was man angeboten bekommt. Es gibt ja wirklich Jobs, da würde ich sagen, das kann ich nicht. Ob jetzt aus körperlichen Gründen oder vom Kopf her. Oder wenn die so schlecht bezahlt sind, dass die Differenz zwischen Gehalt und Arbeitslosengeld total gering ist. Ich finde es nicht gut, dass man zu 1 Euro-Jobs gezwungen wird.“ (TP 06)
- „Zumutbar hat zum einen mit körperlichen Belastungen zu tun. Wenn jemand 30 Jahre Dach-decker war, den kann man dann nicht noch einmal zu weiteren 10 Jahren verpflichten, wenn der nicht mehr kann. Da muss man schauen, dass das passt. Zum anderen auch wenn Familie vorhanden ist oder man jemanden in der Familie pflegen muss, dass dafür genug Zeit bleibt. Aber auch zumutbar vom Entfernungsradius zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.“ (TP 07)
- „Zumutbar, das kommt auch aufs Alter an, die körperliche Verfassung. Es kann nicht jeder jedes Arbeitsangebot annehmen.“ (TP 13)
- „Zumutbar wäre z.B. wenn man einen Job zu einem etwas geringeren Lohn als den, den man vorher bekommen hat, annehmen würde. Jedes Angebot würde ja z.B. bedeuten, dass jemand, der studiert hat, dass der auch die Straße kehren müsste.“ (TP 14)
- „Zumutbar wäre zum Beispiel, dass man eine Arbeit im Rahmen dessen, was man vorher gemacht hat, bekommt. Oder im Rahmen seiner Ausbildung, was man da erworben hat. Unzumutbar oder jedes Angebot wäre z.B. Striptease oder GoGo-Tanz. Also einfach ein weit niedrigeres Niveau, als das, auf dem man zuvor gearbeitet hat. Also einem Ingenieur z.B. zu sagen, er solle jetzt als Straßenkehrer arbeiten.“ (TP 17)

Testperson 11 sieht zwischen den beiden Antwortkategorien insofern keinen Unterschied, als dass man heutzutage manchmal keine Wahl hat und auch Arbeiten annehmen muss, die eben nicht zumutbar sind: *„Heute zu der Zeit muss man wirklich alles annehmen, dass man wenigstens eine Arbeit hat. Manche bekommen 200 Euro weniger, aber was will man machen? Da muss man mal verzichten. Es geht halt nicht anders. [...] Die sollen das annehmen, was sie angeboten bekommen. Zum Beispiel ein Elektriker, wenn der angeboten bekommt Maurer(-tätigkeiten) zu machen, dann muss er Maurer sein.“*

Empfehlung:

Frage: Da das Arbeitslosengeld II umgangssprachlich meist auch „Hartz IV“ genannt wird, empfehlen wir, diesen Begriff in der Frage zu ergänzen. Dadurch sollte der Begriff für alle Testpersonen verständlich und einordbar sein:

„Welche der folgenden Bedingungen sollten Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, erfüllen, damit sie Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) erhalten?“

Antwortkategorien: Belassen.

Zu testende Frage:

6. Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird durch mehrere Gesetze, beispielsweise zum Mindestlohn oder zum Kündigungsschutz, reguliert.

Sollte der deutsche Arbeitsmarkt mehr oder weniger reguliert werden als momentan?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Viel mehr reguliert werden als momentan	5
Etwas mehr reguliert werden als momentan	5
Genauso wie momentan reguliert werden	6
Etwas weniger reguliert werden als momentan	2
Viel weniger reguliert werden als momentan	2

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Von den zwanzig Testpersonen ist die Hälfte der Ansicht, dass der Arbeitsmarkt „viel mehr“ (n=5) oder „etwas mehr“ (n=5) reguliert werden sollte als momentan. Sechs Testpersonen sprechen sich für eine Regulierung aus, die genauso ausfällt wie momentan und vier Testpersonen sind für eine „etwas“ (n=2) oder „viel“ (n=2) geringere Regulierung.

Von den sechs Testpersonen, die angeben, dass der deutsche Arbeitsmarkt „genauso wie momentan“ reguliert werden sollte, begründen dies vier Personen damit, dass sie momentan zufrieden sind bzw. dass die Beispiele Kündigungsschutz und Mindestlohn momentan gut geregelt sind (TP 03, 18, 19), vor allem auch im Vergleich zu anderen Ländern (TP 06). Testperson 04 weiß zwar, dass der Staat sich darum kümmert, aber nicht wie und entscheidet sich daher für die Mitte, genauso wie Testperson 01, die angibt von diesem Thema keine Ahnung zu haben.

Von den vier Testpersonen, die sich für eine geringere Regulierung des deutschen Arbeitsmarktes aussprechen, können zwei Testpersonen ihre Antwort logisch begründen: Testperson 07 ist allgemein eher für weniger staatliche Regulierung und Testperson 08 ist der Meinung, der Markt sollte sich selbst regulieren. Testperson 05 versteht den Begriff „Regulierung“ falsch und denkt dabei an die Tätigkeiten des Arbeitsamtes und deren Regulierungen. Testperson 15 hingegen hätte eigentlich eher „viel“ oder „etwas mehr“ Regulierung ankreuzen müssen, da sie in ihrer Begründung der Antwort für mehr Regulierung plädiert: *„Der Mindestlohn ist immer noch zu niedrig meiner Meinung nach, also der ganze Arbeitsmarkt. Also, dass das mal aufhört mit den Zeitarbeitsfirmen. Der Arbeitsmarkt, da müssen wieder ordentliche Arbeitsverträge her und ich will den Beruf machen, den ich gelernt habe.“*

Auch unter den zehn Personen, die für mehr staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes sind, zeigen sich Verständnisschwierigkeiten bei sechs Befragten: vier Testpersonen (TP 09, 11, 13, 17) denken bei

„staatlicher Regulierung“ an die Regulierung der Arbeitsplatzvermittlung, die Regulierung der Verteilung von Arbeitsplätzen oder an die Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche:

- „Es sollte vor allem viel mehr Angebote geben. Da ist ja gar nichts angeboten momentan. Wenn es überhaupt etwas gab. Selbst die Studierenden finden nichts. Vor allem die, die lange studiert haben und eine gute Schulausbildung haben, die müssten doch ein bisschen unterstützt werden.“ (TP 11)
- „Es sollte vielleicht ein bisschen mehr geguckt werden, was es an Stellen gibt und wie sie vermittelt werden.“ (TP 13)
- „Ich habe manchmal den Eindruck, dass man die Arbeitsämter noch mehr unterstützen müsste. Langzeitarbeitslose werden z.B. häufig gar nicht mehr vermittelt, das müsste verbessert werden. Da müsste man die Arbeitsämter daran erinnern, was ihre Aufgaben sind. Und da müsste eine Regulation stattfinden.“ (TP 17)

Testperson 14 denkt bei der staatlichen Regulierung des Arbeitsmarktes an die Verstaatlichung von Unternehmen: *„Ich bin mehr für staatliche Lösungen. Denken Sie doch z.B. mal an die Bundespost. Die haben wir früher mit unserem Steuergeld aufgebaut, das war ja ein Unternehmen vom Staat. Dann ist es privatisiert worden, es ist gesplittet worden, und das Kapital, das wir eingebracht haben, ist weg. Oder denken Sie an die Bahn. [...] Also der Staat hat schon manchmal seine Vorteile. Dinge wie Post, Bahn, Müllabfuhr, also die Grundbedürfnisse, die notwendig sind, die sollten in staatlicher Hand sein und reguliert sein.“*

Testperson 20 äußert folgende Schwierigkeit: *„Hier ist auch wieder das Problem, weil ich nicht weiß, ob der Mindestlohn reguliert wird, indem er erhöht wird oder gesenkt wird. Erhöht finde ich gut. Bei Kündigungsschutz regulieren könnte man auch sagen ‚mehr Kündigungsschutz‘.“*

Die übrigen vier Testpersonen zeigen keine Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Frage und begründen ihre Antworten vor allem mit mehr Kündigungsschutz (TP 12, 16), Regelungen für Leih- und Zeitarbeit (TP 10) und dass beim Mindestlohn insgesamt noch mehr passieren könnte (TP 02).

Insgesamt zeigen sich bei dieser Frage zur „Regulierung des Arbeitsmarktes“ relativ viele Verständnisschwierigkeiten und Unsicherheiten auf Seiten der Befragten. Das Thema ist recht komplex und nicht jeder hat eine Vorstellung davon, was mit Regulierung des Arbeitsmarktes gemeint ist. Die Beispiele erscheinen nützlich, da sie einigen Befragten bei der Beantwortung helfen, wie beispielsweise Testperson 07: *„Ich habe jetzt vor allem an die Beispiele hier, Mindestlohn und Kündigungsschutz gedacht. Wenn das jetzt nicht dagestanden hätte, dann wäre mir spontan wahrscheinlich nichts Konkretes eingefallen. Dann hätte ich wohl länger nachdenken müssen.“*

Empfehlung:

Frage: Um den Befragten die Beantwortung zu erleichtern, muss deutlicher gemacht werden, worum es inhaltlich in der Frage geht. Dazu könnte in die Einleitung der Frage eine zusätzliche Erklärung aufgenommen werden, was allgemein unter der Regulierung des Arbeitsmarktes zu verstehen ist, beispielsweise so:

Unter Regulierungen versteht man generell alle gesetzlichen Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft festlegen. Auf Arbeitsmärkten geht es dabei speziell um den Inhalt von Arbeitsverträgen, also um die Regulierung der Arbeitskosten, der Arbeitszeit, des Kündigungsschutzes...

Diese Erklärung sollte um weitere erklärende Beispiele ergänzt werden.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Frage umzuformulieren, um deutlicher zu machen, worum es inhaltlich in der Frage geht:

Sollte der Staat für die Gestaltung von Arbeitsverträgen mehr oder weniger Regeln vorschreiben als momentan?

Oder:

Sollte der Staat mehr oder weniger Regeln für den (deutschen) Arbeitsmarkt festsetzen als momentan?

Antwortkategorien:

Belassen.

Unabhängig von der Frageformulierung empfehlen wir die Antwortkategorien um eine „Kann ich nicht sagen“-Kategorie zu ergänzen, damit Befragte, die sich mit diesem Thema nicht auskennen oder der Ansicht sind, hier keine Aussage treffen zu können, dies auch entsprechend zum Ausdruck bringen können.

Zu testende Frage:

7. Was ist Ihre persönliche Meinung zum Rentensystem in Deutschland? Inwieweit sollte die Bundesregierung das Rentensystem verändern?

Bitte antworten Sie anhand der Skala.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Bundesregierung sollte das Rentensystem...

gar nicht verändern										vollständig verändern
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2	-	-	2	1	3	2	1	3	3	3

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Die Mehrheit der Testpersonen (n=12) spricht sich für Veränderungen des Rentensystems in Deutschland aus (Skalenpunkte 6 bis 10), drei Testpersonen wählen die „Mittelkategorie“ (Skalenpunkt 5) und fünf Testpersonen geben an, dass die Bundesregierung das Rentensystem in Deutschland gar nicht oder nur in geringem Maße verändern sollte (Skalenpunkte 0 bis 4).

Bei der Beantwortung der Frage denken die Testpersonen vor allem an folgende Aspekte des Rentensystems: die Höhe der Renten (14 TPs), das Rentenalter (8 TPs), das Prinzip des Generationenvertrags (4 TPs), die Finanzierung der Rente (3 TPs), d.h. welcher Personenkreis in die Rentenkasse einzahlt und wer nicht (z.B. Beamte) und Regelungen zur Frühverrentung (2 TPs).

Was die Testpersonen spontan und individuell mit dem Begriff „Rentensystem“ assoziieren, hat keinen systematischen Einfluss auf die Beantwortung der Frage. Beispielsweise denken sowohl die Testpersonen 03 und 11 als auch die Testpersonen 02 und 15 bei der Beantwortung der Frage hauptsächlich an die Höhe der Renten. Während sich die Testpersonen 03 und 11 jedoch eher für geringe (oder keine) Veränderungen aussprechen, geben die Testpersonen 02 und 15 an, dass das Rentensystem stark verändert werden sollte:

- „Ich kenne Rentner und die sind zufrieden. Die haben alles, werden gut versorgt und können sich alles leisten.“ (TP 03, Antwort: 0)
- „Ja, das Rentensystem soll verändert werden. Die Höhe der Rente soll nach den Arbeitsjahren gehen. So viele Jahre wie man gearbeitet hat, so viel Geld hat man auch zu bekommen.“ (TP 11, Antwort: 4)

- „Ich finde, es müsste mehr getan werden, weil man oft die alten Leute sieht, dass sie kaum noch etwas haben und sparen an allen Ecken und Enden. Da müsste mehr kommen. Dass jeder im Alter so gesichert ist, dass er nicht Pfandflaschen sammeln muss.“ (TP 02, Antwort: 7)
- „Die Rente wird immer niedriger. Wir bezahlen immer mehr, aber bekommen immer weniger Geld. Wenn das so weitergeht, sind wir auf dem Niveau von Hartz IV und das finde ich schon unverschämt.“ (TP 15, Antwort: 9).

Testperson 20 hat auch bei dieser Frage wieder Schwierigkeiten mit der Interpretation der Antwortskala und der Definition des Begriffs „verändern“ (s. a. Frage 1 und Frage 4). Daher wählt sie bei der Beantwortung dieser Frage wieder den „Mittelwert“ 5.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen.

Zu testende Frage:

8. Die Alterung der Gesellschaft gefährdet die Finanzierung der gesetzlichen Renten in ihrer jetzigen Höhe.
- Welchen der folgenden Vorschläge zur Finanzierung der gesetzlichen Renten würden Sie am meisten befürworten?**
- Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sollten erhöht werden, damit die gesetzlichen Rentenleistungen und das Rentenalter so bleiben wie sie sind.	5
Das Rentenalter sollte angehoben werden, damit die gesetzlichen Rentenleistungen und die Beitragssätze so bleiben wie sie sind.	2
Die Regierung sollte die allgemeinen Steuern erhöhen. Das Rentenalter, die gesetzlichen Rentenleistungen und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.	4
Die gesetzlichen Rentenleistungen sollten verringert werden. Das Rentenalter und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.	2
Sonstiges, und zwar:	
Eine andere Lösung muss her, da ich nicht in dieser Branche arbeite, könnte ich jetzt keine Tipps geben.	TP 02
Ich weiß nicht, was da richtig wäre.	TP 05
Rentenalter erhöhen, jedoch abhängig vom Beruf.	TP 09
Die Pension der Beamten an die Rente anpassen.	TP 10
Rentenalter heruntersetzen.	TP 15
Rentenleistung soll erhöht werden, Rentenalter und Beitragssätze sollen gleich bleiben.	TP 16
Die Anzahl an Arbeitsjahren soll mit verrechnet werden. Das Eintrittsalter nicht mehr pauschal regulieren.	TP 17

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Comprehension Probing.

Befund:

Bei dieser Frage ist der Anteil der Testpersonen, die sich für die „Sonstiges“-Kategorie entscheiden, auffallend hoch (n=7). Eine dieser sieben Testpersonen gibt an, dass sie sich mit dem Thema dieser Frage nicht auskennt und daher keine informierte und sinnvolle Antwort geben kann (TP 05: „[...] weil ich davon einfach keine Ahnung habe.“). Eine andere Testperson (TP 02) ist mit keiner der vorgegebenen Alternativen einverstanden, kann jedoch selbst keinen produktiven Vorschlag machen. Vier der

sieben Testpersonen (TP 10, 15, 16, 17) machen konkrete Vorschläge, allerdings gehen sie dabei nicht auf die eigentliche Frage nach der Finanzierung der gesetzlichen Renten in einer alternden Gesellschaft ein, sondern äußern ihre Meinung dazu, wie das Rentensystem allgemein verändert werden müsste. Die Vorschläge von zwei dieser vier Testpersonen (TP 15, 16) sind darüber hinaus wenig zielführend, da sie den Zusammenhang zwischen der Alterung der Gesellschaft und der Finanzierung der gesetzlichen Renten ignorieren. Lediglich Testperson 09 unterbreitet einen (vermutlich) sinnvollen Alternativvorschlag: *„Der Maurer sollte vielleicht nur bis 65 arbeiten und der Steuerfachangestellte, der könnte vielleicht bis 68 noch arbeiten. Und da könnte man das anpassen.“* (TP 09)

Auch zwei Testpersonen, die eine der vorgegebenen Antwortoptionen auswählen, haben große Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Frage (TP 03, 12). Testperson 12 überlegt sehr lange, bevor sie sich für eine Antwort entscheidet und kann ihre Antwort nur oberflächlich begründen: *„Ich bin nach dem Ausschlussprinzip vorgegangen. Die Antwort war mir dann am sympathischsten.“* (TP 12, Antwort: Beiträge erhöhen). Testperson 03 (Antwort: Rentenleistungen verringern) versteht den Inhalt der Frage und die angebotenen Kombinationsmöglichkeiten nicht korrekt:

- TP 03: „Ich kann es nicht begründen, es ist einfach meine Meinung.“
TL: „Also dass man insgesamt den Rentnern weniger Rente bezahlt?“
TP 03: „Ach so, nein das wollte ich nicht. Ich wollte, dass es allgemein so bleibt. Wo war das? Das gibt's hier nicht. Wenn man den alten Leuten weniger bezahlt, haben sie ja nichts. Das muss eigentlich so bleiben. Dann sollten die Beiträge erhöht werden.“
TL: „Die erste Antwort bedeutet quasi, dass die Leute, die arbeiten, mehr in die Rentenkasse einzahlen. Also die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bezahlen die Arbeitnehmer.“
TP 03: „Das heißt ich muss mehr bezahlen oder wie?“
TL: „Ja.“
TP 03: „Nein, ich möchte das nicht bezahlen. Dann doch lieber die andere Antwort.“

Auf die Nachfrage, was die Testpersonen in der vierten Antwortkategorie unter dem Begriff „gesetzliche Rentenleistungen“ verstehen, wird deutlich, dass insgesamt fünf der 20 Testpersonen den Begriff falsch interpretieren (TP 01, 07, 08, 12, 15). Testperson 01 versteht darunter „so etwas wie die Riester-Rente“, also eine private Rente, die vom Staat finanziell unterstützt wird. Die anderen vier Testpersonen verstehen darunter die Beiträge zur gesetzlichen Rente:

- „Die Beitragssätze, die man bezahlt von Arbeitnehmerseite aus. Das was vom Brutto abgezogen wird sozusagen.“ (TP 08)
- „Rentenleistungen verringern, das heißt, dass man weniger reinzahlen würde in die Rente.“ (TP 12)

Darüber hinaus versteht Testperson 03 den Begriff nicht (s. Zitat oben) und bezieht sich in ihrer Antwort nur auf den zweiten Teil dieser Antwortoption („Das Rentenalter und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.“).

Empfehlung:

Layout: Um den Unterschied dieser Frage zur nächsten Frage 9 zu verdeutlichen, sollten die Worte „am meisten“ optisch durch Unterstreichen hervorgehoben werden (s. Befund Frage 9).

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Die Antwortkategorie „Sonstiges“ sollte unbedingt beibehalten werden.
Die vierte Antwortkategorie sollte umformuliert werden, um Missverständnisse des Begriffs „gesetzliche Rentenleistungen“ zu vermeiden:
„Die Höhe der gesetzlichen Rente sollte verringert werden. Das Rentenalter und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.“

Zu testende Frage:

9. Und welchen der folgenden Vorschläge zur Finanzierung der gesetzlichen Renten würden Sie am wenigsten befürworten?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=19¹)

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sollten erhöht werden, damit die gesetzlichen Rentenleistungen und das Rentenalter so bleiben wie sie sind.	2
Das Rentenalter sollte angehoben werden, damit die gesetzlichen Rentenleistungen und die Beitragssätze so bleiben wie sie sind.	8
Die Regierung sollte die allgemeinen Steuern erhöhen. Das Rentenalter, die gesetzlichen Rentenleistungen und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.	3
Die gesetzlichen Rentenleistungen sollten verringert werden. Das Rentenalter und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.	6

Eingesetzte kognitive Techniken:

Emergent Probing.

Befund:

Mit Ausnahme von Testperson 17 wählen alle Testpersonen eine der vorgegebenen Antwortkategorien aus. Testperson 17 lässt die Frage unbeantwortet, da für sie „keine der vorgegebenen Antwortkategorien in Frage“ kommt. Wie bereits in der vorherigen Frage 8 geht diese Testperson nicht auf die eigentliche Frage nach der Finanzierung der gesetzlichen Renten ein, sondern denkt an die Notwendigkeit einer Reform des Rentensystems ganz allgemein. Bei einer solchen Reform seien auch Veränderungen in der privaten Rente und den allgemeinen Steuern notwendig: „Das ist alles nur ‚gesetzliche Rente‘ hier. Damit bin ich nicht einverstanden. Die Privatversorgung ist hier gar nicht genannt.“ (TP 17)

Testperson 01 wählt bei dieser Frage die gleiche Antwort wie bei Frage 8 aus („Die Regierung sollte die allgemeinen Steuern erhöhen...“). Diese Testperson hat übersehen, dass es bei Frage 8 darum geht, welchen Vorschlag sie am meisten befürwortet und bei Frage 9, welchen Vorschlag sie am wenigsten befürwortet.

¹ Testperson 17 lässt diese Frage unbeantwortet, da keine der angebotenen Antwortoptionen für sie in Frage kommt.

Empfehlung:

Frage: Um den Unterschied dieser Frage zur vorherigen Frage 8 zu verdeutlichen, sollten die Worte „am wenigsten“ optisch durch Unterstreichen hervorgehoben werden.

Antwortkategorien: Analog zu Frage 8 sollte die vierte Antwortkategorie umformuliert werden:
„Die Höhe der gesetzlichen Rente sollte verringert werden. Das Rentenalter und die Beitragssätze sollten so bleiben wie sie sind.“

Zu testende Frage:

10. Was ist Ihre persönliche Meinung zum Bildungssystem in Deutschland? Inwieweit sollte die Bundesregierung das Bildungssystem verändern?

Bitte antworten Sie anhand der Skala.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Bundesregierung sollte das Bildungssystem...

gar nicht verändern											vollständig verändern
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
2	1	1	1	2	3	2	1	3	2	2	

Eingesetzte kognitive Techniken:

Comprehension Probing. General Probing, Specific Probing.

Befund:

Alle 20 Testpersonen vergeben gültige Werte und nutzen dabei die volle Skalenbreite. Es gibt eine leichte Tendenz zu größeren Veränderungen hin.

Alle Testpersonen verstehen unter dem Begriff „Bildungssystem“ das Schulsystem, angefangen bei der Grundschule und anschließendem Besuch einer weiterführenden Schulform wie Haupt- und Realschule, sowie Gymnasium. Darüber hinaus denken zehn Testpersonen auch an Hochschulen, sieben an Ausbildung, fünf an Fort- und Weiterbildung sowie drei Personen an Frühförderung im Kindergarten.

Die sieben Testpersonen (TP 03, 04, 09, 12, 14, 15, 18), die Werte von 0-4 vergeben, begründen ihre Antwort damit, dass das Bildungssystem im Großen und Ganzen schon ganz gut sei, es aber immer noch ein wenig zu verbessern gäbe: *„Ich bin mit dem System, das wir heute haben, recht zufrieden. Ich bin der Meinung, dass man es so lassen sollte. Hier und da könnte man kleine Veränderungen machen.“* (TP 09; Antwort: 3).

Die zehn Testpersonen (TP 01, 05, 06, 08, 10, 11, 13, 16, 17, 19), die Werte zwischen 6 und 10 vergeben, argumentieren mit in ihren Augen notwendigen kleineren oder auch größeren Veränderungen im Bildungssystem:

- „Vor allem dass es Ländersache ist. Dass es unterschiedlich ist, dass in manchen Bundesländern der Abschluss nicht gilt, den man in einem anderen Bundesland gemacht hat.“ (TP 01; Antwort: 9)
- „Dass die Kinder da mehr gefördert werden schon im kleinen Alter und dass die Leute, vielleicht gerade die Arbeitslosen oder Arbeitssuchenden, dass sie mehr die Möglichkeit haben

sich fortzubilden oder irgendwas anderes zu lernen, leichter reinzukommen. Oder auch Leute, die vielleicht nur eine ganz einfache Ausbildung haben oder Schulbildung, da einfach ein bisschen mehr gefördert werden. Dass mehr Lehrer eingestellt werden. Auch bei den Erzieherinnen im Kindergarten fängt es schon an, dass es keine Erzieher gibt oder nur sehr wenige oder sie nicht genug qualifiziert sind." (TP 13; Antwort: 8)

- „Ich finde das ist eine Katastrophe. Die Leistungen, die in der Grundschule erwartet werden, finde ich unnötig. Das sind ja noch Kinder und trotzdem wird eine hohe Leistung erwartet. Und auch im Gymnasium wird total selektiert. Nur wer super ist, kann es durchziehen. Das [System] ist nur auf gute Kinder ausgelegt, wenn die Kinder schlecht sind, dann geht ihnen jegliche Kindheit verloren." (TP 16; Antwort: 10)
- „Beginnend beim Schulsystem, wo eine Reform nötig ist, ist das heutzutage so, dass wer kein Abitur macht, verloren ist. Das ist eine Entwicklung, die ich nicht gut heiße. Die Trennung, die wir früher hatten, mit Hauptschülern, Realschülern und Abiturienten war eigentlich wesentlich sinnvoller. Ich weiß, dass die Betriebe vorwiegend Abiturienten suchen und dieser Trend ist glaube ich nicht sinnvoll. Ich weiß nicht, warum ein normaler Handwerker heutzutage Abitur braucht." (TP 19; Antwort: 6)

Es fällt auf, dass die Testpersonen beim Beantworten der Frage zum Bildungssystem an ein sehr breites Spektrum verschiedener Aspekte denken.

Zwei der drei Testpersonen (TP 02, 07, 20), die den Wert 5 vergeben, nutzen diese Kategorie, weil sie Schwierigkeiten mit der Skala haben. Für Testperson 07 fungiert der Wert 5 als neutrale Mittelkategorie: *„Weil ich – ehrlich gesagt – dazu keine richtige Meinung habe. Und ich dachte, dann wähle ich die Mitte aus. Ich bin da weder negativ noch positiv eingestellt, ich denke es ist ok so.“* (TP 07). Für TP 20 liegt die Schwierigkeit der Skala wieder darin (s. auch Fragen 1, 4 und 7), dass unklar ist, ob mit der Formulierung „vollständig verändern“ Abbau oder Ausbau des Bildungssystems angesprochen wird:

- TP 20: „Ich weiß hier nicht in welche Richtung. Ob es jetzt abgebaut wird. Vollständig verändert kann alles heißen.“
TL: „Möchten Sie es verändert haben?“
TP 20: „Ja, ich möchte, dass das Bildungssystem ausgebaut wird.“
TL: „Und wenn Sie die 10 ankreuzen sind Sie unsicher, weil Sie nicht wissen...“
TP 20: „... ob es mehr abgebaut wird. Weil es steht da nur „vollständig verändert“. Ich kann ja nicht sagen, wenn ich eine 10 anklicke und irgendjemand hält sich dran und ich hätte dadurch das Gegenteil bewirkt. Das ist meine Schwierigkeit dabei, in welche Richtung [die Veränderung] geht.“

Insgesamt kommen die Testpersonen aber mit der Skala bei der Beantwortung der Frage gut zurecht. Jedoch werden die einzelnen Werte recht unterschiedlich interpretiert. Die Bandbreite der Werte derjenigen, die das aktuelle Bildungssystem im Großen und Ganzen für in Ordnung halten und sich kleinere Verbesserungen bzw. Veränderungen wünschen, liegt zwischen den Werten 1 und 6.

Auf die Nachfrage, ob die Testperson anders geantwortet hätten, wenn statt von der „Bundesregierung“ von den „Bundesländern“ die Rede wäre, geben sechzehn Personen an, dass es keinen Unterschied für die Beantwortung gemacht hätte und vier Testpersonen (TP 01, 08, 09, 18) sagen, dass der veränderte Wortlaut zu anderen Assoziationen geführt hätte. Diese vier Testpersonen hätten dann an die Vereinheitlichung der bundeslandspezifischen Bildungssysteme gedacht:

- „Da hätte ich dann eher gesagt, dass die gar nicht so viel ändern brauchen, weil jedes Land für sich macht es schon gut. Aber es ist blöd, dass alle es unterschiedlich machen.“ (TP 01; Bundesregierung Antwort: 9, Bundesländer Antwort: 2-3)

- „Da würde ich mir wünschen, dass sich die Bundesländer sich auf das gleiche Niveau heben würden.“ (TP 08; Bundesregierung Antwort: 6, Bundesländer Antwort: 7-8)
- „Dann würde ich eher zu „vollständig verändern“ tendieren, dass wir das vereinheitlichen. Es ist ja nicht so, dass es komplett anders ist, aber es fängt ja schon bei den Voraussetzungen an für die Bildungsgänge und ist überhaupt nicht transparent.“ (TP 09; Bundesregierung Antwort: 3, Bundesländer Antwort: 6-7)
- „Da würde ich eher an die Vereinheitlichung der verschiedenen Systeme in den Bundesländern denken.“ (TP 20; Bundesregierung Antwort: 0, Bundesländer Antwort: unbekannt)

Insgesamt hatten die Testpersonen keine Schwierigkeiten damit, dass bei der Frage zum Bildungssystem von der Bundesregierung und nicht von den Bundesländern, die in Deutschland die Hoheit über die Bildungspolitik haben, die Rede ist. Die Verwendung des Begriffs Bundesländer hätte zur Folge, dass ein Teil der Personen primär an die Vereinheitlichung der verschiedenen Schulsysteme denken und somit eine andere Dimension des Bildungssystems gemessen würde.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen.

Darüber hinaus empfehlen wir zusätzlich eine „Kann ich nicht sagen“-Kategorie anzubieten, damit diejenigen Befragten, die sich mit diesem Thema nicht auskennen oder der Ansicht sind, hier keine Aussage treffen zu können, dies auch zum Ausdruck bringen können.

Zu testende Frage:**11. Sollte die Bundesregierung für das Bildungssystem mehr oder weniger Geld ausgeben als momentan?**

Bedenken Sie dabei, dass höhere Ausgaben unter anderem auch über Steuern, also letztlich über Abzüge vom Gehalt, finanziert werden müssen.

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Viel mehr ausgeben als momentan	7
Etwas mehr ausgeben als momentan	10
Gleich viel wie momentan ausgeben	3
Etwas weniger ausgeben als momentan	-
Viel weniger ausgeben als momentan	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Emergent Probing.

Befund:

Keine der 20 Testpersonen ist für Kürzungen der Ausgaben für Bildung. Sieben Testpersonen sind der Ansicht, dass viel mehr Geld als momentan in die Bildung fließen sollte, zehn befürworten etwas erhöhte Ausgaben und drei Personen finden, es sollte gleich viel Geld ausgegeben werden.

Die Testpersonen 13 und 16 beziehen sich beim Beantworten explizit auf die in der Einleitung der Frage erwähnten ggfs. zu erhöhenden Steuerausgaben. Beide sind der Ansicht, dass die Steuerlast bereits hoch genug sei, dennoch befürwortet Testperson 13 es, „etwas mehr als momentan auszugeben“, während Testperson 16 sich für „gleich viel wie momentan ausgeben“ entscheidet.

Weder die Testpersonen noch die Testleiter äußern Auffälligkeiten, die auf Probleme der Befragten bei der Beantwortung der Frage hinweisen.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen.

Zu testende Frage:

12.1 Und für welchen Bereich des Bildungssystems sollte die Bundesregierung insbesondere mehr Geld ausgeben?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=17, nur wenn Frage 11 „viel mehr ausgeben“ oder „etwas mehr ausgeben“)

Kinderbetreuung für 1-5jährige (Kindergarten, Kita)	6
Grundschulen und weiterführende Schulen (Haupt- und Realschulen, Gymnasien)	8
berufliche Ausbildung (Lehre und Berufsschulen)	1
akademische Ausbildung (Universitäten, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen)	1
Weiterbildungsangebote für Berufstätige	-
Sonstiger Bereich, und zwar: für alle Bereiche	1

Eingesetzte kognitive Techniken:

Emergent Probing.

Befund:

Diese Frage wurde nur denjenigen Testpersonen (n=17) gestellt, die bei Frage 11 angegeben haben, für das Bildungssystem „viel mehr ausgeben“ oder „etwas mehr ausgeben“ zu wollen. Acht der Testpersonen sind der Meinung, dass für Grundschulen und weiterführende Schulen mehr Geld ausgegeben werden sollte. Sechs Testpersonen würden mehr in die Kinderbetreuung der 1-5jährigen investieren und je eine Person ist der Ansicht, dass für die berufliche Ausbildung, für die akademische Ausbildung bzw. für alle Bereiche („Sonstige“-Kategorie) mehr Geld ausgegeben werden sollte.

Zehn (TP 01, 02, 05, 10, 11, 13, 15, 17, 18, 19) der 17 Befragten hätten gerne zwei oder mehr Angaben gemacht:

- „Ich habe jetzt nur an die Grundschule meiner Kinder gedacht [bei Frage 11]. Aber die anderen Sachen wären auch wichtig.“ (TP 02)
- „Ach, hier kann man nur eine Antwort auswählen!“ (TP 05)
- „Bei der Frage ist es mir schwer gefallen, was ich jetzt ankreuzen soll. Da hätte ich z.B. auch die Kinderbetreuung noch angekreuzt, wenn es da mehrere Möglichkeiten gegeben hätte. Das fände ich gut. Mir ist es schwer gefallen mich für eins zu entscheiden. Aber das [akademische Ausbildung] finde ich am wichtigsten.“ (TP 18)

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Da ein Großteil der Testpersonen versucht hat zwei oder mehr Kategorien zu wählen, könnte entweder die Ausfüllanweisung optisch noch hervorgehoben werden, wenn die Befragten sich auf den für sie wichtigsten Bereich beschränken sollen, oder aber es sollten Mehrfachantworten zugelassen werden, um es den Befragten zu ermöglichen ihre Antworten auch vollständig zu erfassen.

Wenn Mehrfachantworten zugelassen werden, wäre es darüber hinaus möglich ein Ranking der drei wichtigsten Bereiche durch die Befragten vornehmen zu lassen. Auf diese Weise treffen die Befragten eine Entscheidung darüber, welcher Bereich der Wichtigste ist, können aber dennoch mehrere Bereiche auswählen.

Alternativ könnte auch die Frage umformuliert werden, falls die Forscher möchten, dass sich die Befragten auf eine Antwort festlegen:

„Welches ist ihrer Meinung nach der wichtigste Bereich für den die Bundesregierung mehr Geld ausgeben sollte?“

Zu testende Frage:

12.2 Und für welchen Bereich des Bildungssystems sollte die Bundesregierung insbesondere weniger Geld ausgeben?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=0, nur wenn Frage 11 „etwas weniger ausgeben“ oder „viel weniger ausgeben“)

Kinderbetreuung für 1-5jährige (Kindergarten, Kita)	-
Grundschulen und weiterführende Schulen (Haupt- und Realschulen, Gymnasien)	-
berufliche Ausbildung (Lehre und Berufsschulen)	-
akademische Ausbildung (Universitäten, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen)	-
Weiterbildungsangebote für Berufstätige	-
Sonstiger Bereich, und zwar:	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Emergent Probing.

Befund:

Da keine der Testpersonen bei Frage 11 angegeben hat, dass die Bundesregierung weniger bzw. viel weniger Geld für das Bildungssystem ausgeben sollte, wurde die Frage 12.2 nicht gestellt und es liegen keine Ergebnisse vor.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Analog zu Frage 12.1 gestalten.

Zu testende Frage:

12.3 Gibt es einen Bereich des Bildungssystems, für den die Bundesregierung mehr Geld ausgeben sollte?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=3, wenn Frage 11 „gleich viel wie momentan“)

Kinderbetreuung für 1-5jährige (Kindergarten, Kita)	1
Grundschulen und weiterführende Schulen (Haupt- und Realschulen, Gymnasien)	1
berufliche Ausbildung (Lehre und Berufsschulen)	1
akademische Ausbildung (Universitäten, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen)	-
Weiterbildungsangebote für Berufstätige	-
Sonstiger Bereich, und zwar:	-
Nein, für keinen dieser Bereiche	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Emergent Probing.

Befund:

Insgesamt drei Testpersonen haben bei Frage 11 angegeben, dass die Bundesregierung „gleich viel wie momentan“ für das Bildungssystem ausgeben sollte. Danach gefragt, für welchen Bereich mehr ausgegeben werden sollte, entschied sich jeweils eine Testperson für Kinderbetreuung der 1-5jährigen, Grundschulen und weiterführende Schulen und berufliche Ausbildung. Keine der Testpersonen, die für gleichbleibende Ausgaben waren, entschied sich für die Antwort „nein, für keinen dieser Bereiche“.

Von Seiten der Testpersonen gab es keine nennenswerten Kommentare zu dieser Frage. Auch die Testleiter notierten keine Auffälligkeiten, die auf Probleme der Befragten bei der Beantwortung der Frage hinweisen.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Analog zu Frage 12.1 gestalten.

Zu testende Frage:

13. Was ist Ihre persönliche Meinung zum Steuersystem in Deutschland? Inwieweit sollte die Bundesregierung das Steuersystem verändern?

Bitte antworten Sie anhand der Skala.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Bundesregierung sollte das Steuersystem...

gar nicht verändern										vollständig verändern	
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
2	-	1	1	2	7	1	3	2	-	1	

Eingesetzte kognitive Techniken:

Comprehension Probing, General Probing.

Befund:

Die Testpersonen sprechen sich in etwa zu gleichen Teilen für geringe/gar keine Veränderungen (Skalenpunkte 0-4, 6 TPs) und größere Veränderungen (Skalenpunkte 6-10, 7 TPs) des Steuersystems aus. Sieben Testpersonen entscheiden sich für den mittleren Skalenwert 5.

Mit dem Begriff „Steuersystem“ assoziieren die Testpersonen vor allem folgende Dinge:

- die verschiedenen Steuerarten ganz allgemein, wie z.B. Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Umsatzsteuer, KfZ-Steuer und Tabak-Steuer (10 TPs),
- ausschließlich die Steuern, die vom Gehalt/Lohn abgezogen werden, wie z.B. Lohnsteuer und Arbeitslosenversicherung (3 TPs),
- die Höhe der Steuern bzw. die Steuersätze für verschiedene Einkommensklassen (3 TPs),
- wofür Steuergelder vom Staat ausgegeben werden (2 TPs).

Zwei Testpersonen (TP 01, 12) geben an, dass sie den Begriff „Steuersystem“ nicht erklären können und sich deshalb für die Mitte der Skala entschieden haben (TP 01, Antwort: 5; TP 12, Antwort: 4): „Da habe ich die goldene Mitte genommen. Das habe ich eigentlich aus dem Bauch heraus beantwortet.“ (TP 12).

Die Antworten auf die General Probe („Können Sie Ihre Antwort bitte etwas näher erläutern? Warum haben Sie sich für diese Antwort entschieden?“) machen deutlich, dass die Klumpung der Antworten in der Mitte der Skala teilweise auch darauf zurückzuführen ist, dass vier weitere Testpersonen (TP 05, 06, 07, 09) keine dezidierte Meinung zum Thema der Frage haben bzw. den Begriff „Steuersystem“ für zu unkonkret halten. Daher entscheiden sich diese Testpersonen für einen der mittleren Skalenwerte 4 und 5:

- „Ich habe hier auch wieder die Mitte gewählt, weil ich mich damit nicht auskenne. Hier würde ich weder sagen, dass etwas verändert werden muss, noch das nichts verändert werden muss.“ (TP 05, Antwort: 5)
- „Da ist mir nicht direkt etwas eingefallen, im Sinne dass man diese oder jene Steuer erhöhen oder senken sollte. Deshalb habe ich mich eher für die Mitte entschieden.“ (TP 06, Antwort: 4)
- „Ich habe wieder die Mitte gewählt, weil mir keine konkreten Dinge einfallen, die verändert werden sollen. Aber man kann immer etwas verbessern. Persönlich habe ich da nicht viel zu meckern, deswegen interessiert mich das nicht so und ich bin da nicht so informiert.“ (TP 07, Antwort: 5)
- „Ich war ein bisschen überfordert und habe die goldene Mitte gewählt, weil ich nicht wusste, was damit konkret gemeint ist. Ich bräuchte schon ein Beispiel, soll die Einkommensteuer erhöht werden oder die Mehrwertsteuer oder was auch immer.“ (TP 09, Antwort: 5)

Testperson 20 hat auch bei dieser Frage wieder Schwierigkeiten mit der Interpretation der Antwortskala und der Definition des Begriffs „verändern“ (s. auch Frage 1, 4, 7 und 10). Daher wählt auch sie bei der Beantwortung dieser Frage erneut den „Mittelwert“ 5.

Probleme mit der Interpretation der Antwortskala hat darüber hinaus auch Testperson 02. Sie assoziiert mit dem Begriff „verändern“ ausschließlich Steuererhöhungen (und nicht etwa auch Steuersenkungen) und interpretiert die Skala so, als ob sie von „keinen Steuererhöhungen“ bis zu „starken Steuererhöhungen“ reicht: *„Ich weiß nicht, inwiefern die Steuern verändert werden könnten. Ich weiß nur, es sind zu viele. Wenn sie etwas verändern würden, dann würde das wieder auf uns [Bürger] zurückfallen. Deshalb würde ich es einfach so lassen.“* (TP 02, Antwort: 0).

Empfehlung:

Frage: Der Begriff „Steuersystem“ wird von den Befragten nicht (einheitlich) verstanden und sollte definiert werden.

Antwortkategorien: Belassen.

Darüber hinaus empfehlen wir zusätzlich eine „Kann ich nicht sagen“-Kategorie anzubieten, damit diejenigen Befragten, die sich mit diesem Thema nicht auskennen oder der Ansicht sind, hier keine Aussage treffen zu können, dies auch zum Ausdruck bringen können.

Zu testende Frage:

14. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie der folgenden Aussage zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.

Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern.

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Stimme stark zu	4
Stimme zu	11
Weder noch	1
Lehne ab	3
Lehne stark ab	1

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Um einen möglichen Reihenfolgeeffekt von Frage 14 auf Frage 15 zu untersuchen, erhielten zehn Testpersonen zunächst Frage 14 und im Anschluss Frage 15 (Gruppe A) und die anderen zehn Testpersonen zunächst Frage 15 und dann Frage 14 (Gruppe B).

Die Fragereihenfolge hat auf die Beantwortung von Frage 14 nur geringe Auswirkungen: Von denjenigen Testpersonen, die zunächst Frage 14 und dann Frage 15 beantworteten (Gruppe A), stimmen neun Testpersonen dieser Aussage (stark) zu und nur eine Testperson lehnt die Aussage ab. Im Gegensatz dazu stimmen von denjenigen Testpersonen, die zunächst Frage 15 und dann Frage 14 beantworteten (Gruppe B), nur sechs Testpersonen der Aussage (stark) zu, während drei Testpersonen die Aussage (stark) ablehnen und eine Testperson „weder noch“ antwortet.

Auch in den Begründungen ihrer Antworten unterscheiden sich die Testpersonen in beiden Gruppen nur geringfügig. Testpersonen, die der Aussage (stark) zustimmen, begründen ihre Antworten meist damit, dass ihrer Meinung nach die Unterschiede in den Gehältern zwischen Spitzenverdienern und Geringverdienern bzw. zwischen Arm und Reich verringert werden sollten (Gruppe A: 7 TPs, Gruppe B: 6 TPs). Darüber hinaus gehen drei Testpersonen auf Geschlechterunterschiede in den Gehältern ein (Gruppe A: 2 TPs, Antwort „Stimme (stark) zu“, Gruppe B: 1 TP, Antwort: „weder noch“).

Testpersonen, welche die Aussage (stark) ablehnen, begründen ihre Antwort entweder damit, dass ihrer Meinung nach die Einkommensunterschiede gerechtfertigt sind (jeweils eine TP in beiden Gruppen: „Das Einkommen sollte abhängig sein vom Arbeitsplatz, vom Beruf, der Ausbildung und sollte nicht einer Gleichmacherei unterliegen.“, TP18, Gruppe A), dass die Höhe der Einkommen eine Sache der Unternehmen sei („Der Staat kann dafür sorgen, dass jeder ein gewisses Einkommen bekommt. Aber die Unterschiede sollten sich schon selbst regulieren, also durch die Unternehmen.“, TP 07, Gruppe B)

oder dass der Staat gar keine Möglichkeiten habe, um diese Unterschiede zu verringern („*Das geht doch nicht. Das ist doch unmöglich.*“, TP 11, Gruppe B).

Auf die Nachfrage, welche Maßnahmen der Staat ergreifen könnte, um Einkommensunterschiede zu verringern, werden hauptsächlich „Regulierungen durch Steuern“ (9 TPs), „Zuschüsse für geringer Verdienende“ (4 TPs), „Deckelung von Gehältern/Einführung Mindestlohn“ (3 TPs) und „Moralischer Appell zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen“ (2 TPs) genannt. Zwei Testpersonen geben an, bei der Beantwortung der Frage an keine konkreten Maßnahmen gedacht zu haben (TP 11, 12).

Auf eine weitere Nachfrage geben insgesamt sechs Testpersonen (TP 02, 07, 08, 12, 13, 17) an, bei der Beantwortung der Frage nicht daran gedacht zu haben, dass solche Maßnahmen unter anderem auch über Steuern, d.h. letztlich über Abzüge vom Gehalt, finanziert werden müssten. Würde die Frage einen zusätzlichen Hinweis darauf enthalten, so würden zwei dieser sechs Testpersonen die Frage (wahrscheinlich) anders beantworten:

- „Wahrscheinlich würde ich die Antwort ändern. Ich finde, alles was mit Steuern zu tun hat geht dann wieder auf unser Konto und gibt mehr Abzüge.“ (TP 02, Antwort: „Stimme zu“)
- „Es kommt darauf an, bei wem die Steuern erhöht werden. Bei denen, die eh schon nicht viel verdienen? Dann würde ich eher „Lehne ab“ antworten.“ (TP 13, Antwort: „Stimme zu“)

Empfehlung:

Frage: Wir empfehlen, die Frage zu belassen und nicht etwa um einen zusätzlichen Hinweis darauf zu ergänzen, dass solche Maßnahmen unter anderem auch über Steuern, d.h. letztlich über Abzüge vom Gehalt, finanziert werden müssten. Ein solcher Hinweis müsste selbst wiederum daraufhin konkretisiert werden, welche Gehälter höher besteuert werden sollen, so dass wir in diesem zusätzlichen Hinweis keinen Mehrwert sehen.

Antwortkategorien: Belassen.

Zu testende Frage:

15. Sollten Menschen, die mehr als andere verdienen, weil sie mehr arbeiten, mehr oder weniger Steuern bezahlen als momentan?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Viel mehr Steuern bezahlen als momentan	3
Etwas mehr Steuern bezahlen als momentan	5
Genauso viel Steuern bezahlen wie momentan	12
Etwas weniger Steuern bezahlen als momentan	-
Viel weniger Steuern bezahlen als momentan	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Um einen möglichen Reihenfolgeeffekt von Frage 14 auf Frage 15 zu untersuchen, erhielten 10 Testpersonen zunächst Frage 14 und im Anschluss Frage 15 (Gruppe A) und die anderen 10 Testpersonen zunächst Frage 15 und dann Frage 14 (Gruppe B).

Die Fragereihenfolge hat auf die Beantwortung von Frage 15 keinen Einfluss: In beiden Gruppen entscheiden sich jeweils vier Testpersonen für die Antwortkategorien „Viel/Etwas mehr Steuern bezahlen als momentan“ und sechs Testpersonen für die Kategorie „Genauso viel Steuern bezahlen wie momentan“. Auch in den Begründungen ihrer Antworten unterscheiden sich die Testpersonen in den beiden Gruppen nicht.

Anhand der Begründungen der Antworten wird jedoch ein Problem der Frage deutlich, nämlich dass die Testpersonen die Frage unterschiedlich interpretieren und bei der Beantwortung an unterschiedliche „Menschen, die mehr als andere verdienen“ denken:

- Sechs Testpersonen (in Gruppe A und B jeweils 3 TPs) argumentieren, dass die aktuellen Steuersätze für Besserverdienende gerecht seien und daher nicht erhöht werden sollten: „Ich denke, der Steuersatz ist prozentual und von daher... Jeder weiß ja, dass wer mehr arbeitet, mehr verdient, aber auch mehr bezahlen muss und umgekehrt. Das steht im Verhältnis, das ist ok.“ (TP 04). Alle sechs Testpersonen entscheiden sich für die Antwortkategorie „Genauso viel Steuern bezahlen wie momentan“.
- Acht Testpersonen (in Gruppe A und B jeweils 4 TPs) sind der Meinung, dass die Steuern für Besserverdienende erhöht werden sollten: „Der Obersatz ist gerade bei 40% oder? Früher waren es mal weit, weit mehr. Die Manager, was die verdienen, da fällt einem nichts mehr ein. In welcher Relation steht das? Wenn jemand mehr verdient, dann soll er auch mehr Steuern zahlen. Und zwar ordentlich mehr.“ (TP 20).

- Sechs Testpersonen (in Gruppe A und B jeweils 3 TPs) argumentieren, dass Personen, die mehr Zeit bei der Arbeit verbringen oder mehrere Jobs haben, genauso viel Steuern bezahlen sollten wie momentan: „Wenn er mehr arbeitet, warum soll er mehr bezahlen? Er verdient sein Geld, auch wenn er nachts arbeitet, das ist seine Entscheidung. Es ist ja notwendig.“ (TP 03). Alle sechs Testpersonen entscheiden sich für die Antwortkategorie „Genauso viel Steuern bezahlen wie momentan“.

Die Formulierung „die mehr verdienen, weil sie mehr arbeiten“ empfinden insgesamt fünf Testpersonen als irritierend:

- „Ich sage jetzt mal ‚etwas mehr‘. Aber ich finde die Frage komisch gestellt. Wenn man sagt, die verdienen mehr, weil sie mehr arbeiten, dann wäre es ja normal, dass sie das auch behalten dürfen. Aber die verdienen ja auch schon wesentlich mehr. Also sie verdienen ja nicht so viel, weil sie so viel arbeiten. Aber das wird in der Frage irgendwie unterschlagen.“ (TP 05)
- „Das ist ein bisschen komisch formuliert ‚sie verdienen mehr, weil sie mehr arbeiten‘. Das heißt ja nicht, dass auch der Stundenlohn höher ist oder sie insgesamt mehr Geld bekommen. Ich kann ja auch, wenn ich nicht viel verdiene, 80 Stunden die Woche arbeiten, aber immer noch wenig verdienen. Jemand, der für wenig Geld pro Stunde sehr, sehr viel arbeitet, der hat dann vielleicht auch ein bisschen mehr. Aber der soll ja nicht mehr Steuern bezahlen, weil er eh schon wenig verdient. Jemand anderes, der viel verdient, kann vielleicht nur 20 Stunden die Woche arbeiten und hat am Ende gleich viel Geld. Der sollte dann mehr bezahlen. Ich würde jetzt diesen zweiten Teil mit ‚weil sie mehr arbeiten‘ ignorieren und sagen, ja die sollten mehr bezahlen.“ (TP 06)
- „Also erst einmal ist die Frage äußerst merkwürdig. Ich musste die mehrmals durchlesen. Mir würde nichts einfallen, warum sie mehr als momentan bezahlen sollten und weniger auch nicht. Also ich verstehe die Logik der Frage nicht.“ (TP 07)
- „Jeder bezahlt ja momentan prozentual von seinem Einkommen, das finde ich richtig so. Wo bei, diesen Satz, dass die mehr verdienen, ‚weil sie mehr arbeiten‘, den finde ich nicht so gut. Denn das weiß man ja nicht, ob die nicht einfach so mehr verdienen.“ (TP 14)
- „Wenn ich das jetzt noch einmal lese. Da steht ja ‚weil sie mehr arbeiten‘, das ist natürlich schwierig. Wenn es so ist, dass sie mehr arbeiten, dann will ich nicht sagen, dass sie mehr zahlen sollten. Aber ich denke schon, dass die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen ausgeübten Tätigkeiten groß sind und das sollte man verringern.“ (TP 19)

Empfehlung:

Frage:

Wir empfehlen, die Frage umzuformulieren:

„Sollten Menschen, die mehr Geld verdienen als andere, mehr oder weniger Steuern bezahlen als momentan?“

„Sollten Besserverdiener mehr oder weniger Steuern bezahlen als momentan?“

„Sollten Menschen, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder Position mehr Geld verdienen als andere, mehr oder weniger Steuern bezahlen als momentan?“

„Sollten Menschen, die mehr arbeiten als andere und deswegen auch mehr verdienen, mehr oder weniger Steuern zahlen als momentan?“

Antwortkategorien:

Belassen.

Zu testende Frage:

16. Ein Vorschlag die Stabilität des Euro zu gewährleisten ist es, dass alle Mitgliedstaaten der Euro-Zone Reformen ihrer Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme durchführen. Solche Strukturreformen können jedoch Nachteile für einzelne Bevölkerungsgruppen bedeuten (zum Beispiel längere Arbeitszeiten).

Wie ist Ihre persönliche Meinung zu diesen Reformen? Inwieweit sollen die Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone verändert werden?

Bitte antworten Sie anhand der Skala.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Die Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone sollten...

gar nicht verändert werden											vollständig verändert werden
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
2	1	-	2	1	4	5	3	2	-	-	

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing, Comprehension Probing.

Befund:

Alle Testpersonen verorten sich auf der Skala. Die Werte 2, 9 und 10 werden nicht gewählt.

Anhand der Nachfrage, warum die Testpersonen sich beim Beantworten für diesen Wert entschieden haben, wird deutlich, dass bei 14 Testpersonen der jeweils gewählte Wert und die Begründung dafür zusammen passen. Bei Testperson 20, die generell Schwierigkeiten mit einer Verortung auf der Skala aufweist (s. Fragen 1, 4, 7, 10 und 13), bleibt unklar, warum sie sich für den Wert 3 entschieden hat. Auffallend ist, dass fünf Testpersonen Werte für die Frage vergeben, die nicht zu den Begründungen passen, die sie anschließend liefern. Während Testperson 03 (Wert 0) sich bei der Beantwortung der Frage ausschließlich auf Deutschland bezieht, können sich vier Testpersonen (TP 05, 06, 13, 19) nicht entscheiden, „ob man sich da einmischen sollte oder nicht“ (TP 13) und wählen deshalb die Werte 5 bzw. 6. In diesem Fall dient der Mittelwert sozusagen als Ausweichkategorie.

Auch die Nachfrage, was die Testpersonen unter Strukturreformen verstehen, liefert Hinweise darauf, dass sechs Personen (TP 01, 02, 04, 05, 13, 16) der Begriff unbekannt oder zumindest unklar ist:

- „Dass man irgendwo eine Struktur reinkriegt? Aber ich kann es nicht genau sagen.“ (TP 02)
- „Da denke ich spontan an die sogenannten Umstrukturierungen. Wo z.B. Dinge in Firmen, die mal etwas Wert waren, für einen Apfel und ein Ei verscherbelt werden. Diese Abwicklungen,

wie sie z.B. in der DDR der Fall waren. Die meisten Leute verlieren nur dabei. Da bin ich eher dagegen." (TP 05)

- „Das kann ich überhaupt nicht definieren. Strukturreformen? Das kann ich jetzt überhaupt nicht erklären." (TP 16)

Die anderen 14 Befragten denken bei „Strukturreformen“ an Gesetze, an das genannte Beispiel mit längeren Arbeitszeiten entweder im Hinblick auf Wochenarbeitszeiten oder auch auf den Eintritt des Rentenalters bezogen, an Steuersätze, das Bildungssystem, Sozialversicherung oder auch Regularien auf dem Arbeitsmarkt wie bspw. Kündigungsschutz, Mindestlohn oder allgemein Arbeitsbedingungen.

Auf die Nachfrage an welche Länder sie bei der Beantwortung gedacht haben, werden hauptsächlich Länder genannt, die mit der Wirtschaftskrise in Verbindung gebracht werden, bspw. Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und „Ostländer“ wie Bulgarien und Rumänien. Positiv konnotiert sind andererseits Länder wie Norwegen und Schweden mit einem vermeintlich besseren Sozialsystem als Deutschland, der irische „Aufschwung“ und das geringere Renteneintrittsalter in Frankreich. Fünf Testpersonen (TP 01, 05, 11, 12, 14) geben an, an keine bestimmten Länder gedacht zu haben.

Empfehlung:

Frage: Der Begriff „Strukturreform“ ist trotz Einleitungstext unklar und sollte noch genauer definiert werden.

Antwortkategorien: Belassen.
Darüber hinaus empfehlen wir zusätzlich eine „Kann ich nicht sagen“-Kategorie anzubieten, damit diejenigen Befragten, die sich mit diesem Thema nicht auskennen oder der Ansicht sind, hier keine Aussage treffen zu können, dies auch zum Ausdruck bringen können.

Zu testende Frage:

17. Diese Reformen können entweder von einem Mitgliedsstaat einzeln oder gemeinsam auf europäischer Ebene beschlossen werden. Für die Reformen auf der europäischen Ebene müsste die Europäische Union jedoch mehr Entscheidungsrechte erhalten.

Sollte die Europäische Union mehr oder weniger als bisher über Reformen in den Mitgliedsstaaten entscheiden?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Die Europäische Union sollte...

Häufigkeitsverteilung (N=20²)

viel mehr entscheiden als momentan	1
etwas mehr entscheiden als momentan	9
genauso viel entscheiden wie momentan	5
etwas weniger entscheiden als momentan	2
viel weniger entscheiden als momentan	2

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Zehn der 19 Testpersonen, die gültige Angaben machen, sind für (viel bzw. etwas) mehr Entscheidungskompetenz der EU, vier Testpersonen sind für (etwas bzw. viel) weniger und fünf für genauso viel Entscheidungskompetenz wie momentan.

Die Befürworter von mehr Entscheidungskompetenz seitens der EU argumentieren damit, dass es allgemeinverbindliche Regularien für alle Mitgliedsstaaten in einem vereinten Europa geben sollte (TP 01, 03, 07, 08, 09, 15, 17, 18) oder damit, dass das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise schneller bzw. früher erkannt und dementsprechend gegengesteuert hätte werden können, wenn die EU mehr Entscheidungsbefugnisse gehabt hätte (TP 04, 16):

- „Wer weiß, ob dann manche Staaten überhaupt in einer solchen Schieflage wären, wenn da im Großen und Ganzen von oben drauf geschaut würde.“ (TP 04)
- „Also wenn die Länder selbst entscheiden dann wird da ja nicht viel bei rumkommen, sonst wäre es ja schon lang passiert. Daher muss es eine Instanz geben, die das in die Hände nimmt und dann eben im Sinne aller versucht, zu entscheiden.“ (TP 07)
- „Dass man einfach ein bisschen mehr Einfluss auf die Mitgliedsstaaten hat. Auch gegenseitig, das ist ja gar nicht nur so, dass wir mehr Einfluss auf andere Staaten haben, sondern dass die

² TP 11 lässt diese Frage unbeantwortet, da ihr unklar ist, auf welche Reformen sich die Frage bezieht.

[Länder] sich gegenseitig überprüfen und überwachen können und einfach das Risiko von unsinnigen Staatsentscheidungen zu minimieren." (TP 08)

- „Der Grund dafür, warum das alles immer so schleppend ist, liegt ja auch daran, es ist zwar eine europäische Union, aber Europa als Ganzes kann aber momentan gar nicht so viel entscheiden. [...] Und deshalb war ich hier der Meinung, dass die EU mehr Entscheidungsbefugnis darüber haben sollte." (TP 09)
- „Es gibt z.B. Gesetze, die sind in einem Land gültig, aber in einem anderen Land nicht. Und letztendlich müssen wir alle an einem Strang ziehen. Ich fände es gut, wenn alle das gleiche Gesetz hätten, z.B. was Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Bankensystem usw. betrifft." (TP 17)

Die Gegner von erhöhten Entscheidungsbefugnissen der EU argumentieren damit, dass entweder in der Vergangenheit getroffene Reformentscheidungen der EU falsch waren (TP 10, 20) oder mit der Autonomie der Mitgliedsstaaten (TP 05, 13), da diese die notwendige Kompetenz innehaben (sollten).

- „Ich könnte mir vorstellen, dass es schwierig ist, solche Reformen aus einer Zentrale heraus zu machen, wenn man da gar keine Einblicke hat. Die Länder haben da bestimmt selbst bessere Einblicke." (TP 05)
- „Dass die EU weniger reformieren soll. [...] Manche Sachen gehen auch nach hinten los. Wenn ich an Subventionen denke von der EU, da wird viel getrickst. Beispielsweise die Stierkämpfe in Spanien werden von der EU finanziert. Also es wird zu viel und zu falsch [reformiert]." (TP 10)

Fünf Testpersonen geben an, dass die Entscheidungskompetenz der EU gleich bleiben sollte. Hierunter sind drei Personen (TP 12, 14, 19) der Meinung, dass die EU sich nicht mehr als bislang „einmischen“ solle und die Beibehaltung der Kompetenzen ein Mittelweg sei. Die anderen beiden Testpersonen (TP 02, 06) wählen die Mittelkategorie als Ausweichkategorie:

- „Da ich nicht genau weiß wie viel Entscheidungsmacht die momentan haben, wähle ich die Mitte." (TP 02)
- „Ich weiß gar nicht, wie das momentan ist. Welche Reformen kommen von Deutschland und welche von der EU. Das wüsste ich jetzt einfach nicht, deswegen würde ich hier auch die Mitte wählen." (TP 06)

Testperson 11 ist ebenfalls nicht klar, um welche Reformen es sich bei der Frage handelt und vergibt daher keine Antwort. *„Europäische Union, meinen Sie damit die in Brüssel. Die EU ja? Nicht die NATO, sondern das europäische Parlament. Was meinen Sie denn damit?“*

Auf die Nachfrage hin, ob die Befragten beim Beantworten an bestimmte Politikbereiche, wie z.B. an die Arbeitsmarkt-, die Wirtschafts- oder die Gesundheitspolitik gedacht haben und wenn ja an welche, nennen acht Befragte (TP 07, 08, 09, 10, 15, 17, 19, 20) einzelne Politikbereiche. Fünf Testpersonen (07, 09, 15, 17, 19) denken vorwiegend an Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Darüber hinaus werden noch Gesundheitspolitik, Wirtschaft und Finanzen, Justiz, Agrarwirtschaft und Reformen auf dem Bankensektor genannt. Ob nun generell an Entscheidungsrechte der EU oder aber an einzelne Politikbereiche gedacht wurde, spielt keine Rolle bei der Beantwortung der Frage. Es gibt keine Hinweise darauf, dass es zu widersprüchlichen Einschätzungen kommt, wenn an unterschiedliche Bereiche gedacht wird.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen und evtl. mit einer „Kann ich nicht sagen“-Kategorie (siehe TP 02, 06, 11) ergänzen.

Zu testende Frage:

18.1 Und in welchen Politikbereichen sollte die Europäische Union mehr entscheiden als bisher?

Bei dieser Frage können Sie mehrere Antworten auswählen.

Häufigkeitsverteilung (N=10, wenn Frage 17 „viel mehr entscheiden als momentan“ oder „etwas mehr entscheiden als momentan“, Mehrfachantworten)

	Anzahl Nennungen
Internationale Beziehungen	2
Wirtschaft und Finanzen	7
Justiz und Inneres	5
Arbeit und Soziales	7
Wettbewerbspolitik	3
Transport und Verkehr	2
Landwirtschaft und Fischerei	3
Umwelt	7
Bildung	5
Sonstiges, und zwar:	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Alle zehn Testpersonen, die bei Frage 17 angeben, dass die EU mehr Entscheidungsrechte erhalten sollen, entscheiden sich für einen oder mehrere der genannten Politikbereiche.

Bis auf Testperson 16, die nicht genau weiß, was mit „Internationalen Beziehungen“ gemeint ist, geben die anderen zehn Testpersonen an, sich unter jeder der Kategorien etwas Konkretes vorstellen zu können. Testperson 03 weist darauf hin, dass sie sich mit Wettbewerbspolitik nicht gut auskenne. Zur Erläuterung Ihres Antwortverhaltens werden häufig konkrete Beispiele gegeben und es wird ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Politikbereichen hergestellt.

- „Bei Internationale Beziehungen habe ich an Konflikte gedacht und wie man damit umgeht. Dass man zum Beispiel geschlossen als EU auftritt, bei Kriegseinsätzen oder so. Justiz und Inneres, da habe ich an „Terror“ und eine gemeinsame Sicherheitspolitik gedacht. Und auch, dass man länderübergreifend Straftäter verfolgen kann, also Netzwerke aufdecken. Bei Transport und Verkehr dachte ich an so Sachen wie die Maut-Geschichte oder Bahn- und Flugverkehr. Das wäre ja schön, wenn das zentral gesteuert bzw. geregelt würde. Und Umwelt genau-

so." (TP 07; Antwort: Internationale Beziehungen, Justiz und Inneres, Transport und Verkehr, Umwelt)

- „Wirtschaft und Finanzen waren sozusagen mit den Finanzierungen, dass man nicht einen kompletten Staat in die Inflation steuert. Justiz, dieses Rechtssystem, dass das nicht überall gleich ist in den europäischen Mitgliedsstaaten [...]. Arbeit und Soziales, die Arbeitsverhältnisse ausgebaut, überhaupt in Europa kaum zu vergleichen in jedem Land. Umwelt, klar, ganz eindeutig, Kraftwerke beispielsweise. Das ist immer so eine Sache wenn wir das abschaffen, aber trotzdem irgendwo an der Grenze läuft noch eins, dann bringt das auch nicht sehr viel. Und Bildung ganz wichtig. Pisa-Studie hin oder her. Die Bildung sollte schon ähnlich sein in allen Ländern und sollte vom Niveau her gleich sein wenn man EU-Mitgliedsstaat ist." (TP 08; Antwort: Wirtschaft und Finanzen, Justiz und Inneres, Arbeit und Soziales, Umwelt, Bildung)
- „Bildung deshalb, weil ich auch hier der Meinung bin, dass man mehr für Transparenz sorgen sollte. Wenn jemand Medizin in Frankreich studiert, sollte er auch hier die Möglichkeit bekommen. Man sollte meinen, dass das ginge. Irgendwie gibt es da aber Probleme. Wettbewerbspolitik deshalb, weil abgesprochen wird auf dem Arbeitsmarkt, die Unternehmen miteinander kooperieren, die Preise werden angepasst, dass man das besser kontrolliert. Wirtschaft und Finanzen, ich denke da konkret an die Krise. Gäbe es da eine bessere Kommunikation, wäre es vielleicht gar nicht so weit gekommen. Arbeit und Soziales, was wir die ganze Zeit schon besprochen haben. [...] Die Grundsicherung, dass die angepasst werden in Griechenland, Spanien und Italien. Sonst ist die Fluktuation viel zu hoch." (TP 09; Antwort: Wirtschaft und Finanzen, Arbeit und Soziales, Wettbewerbspolitik, Bildung)
- „Justiz und Inneres sollten weiterhin Sache der Länder sein, da sind die Mentalitäten zu unterschiedlich. Internationale Beziehungen innerhalb der EU aber auch zwischen der EU und anderen Ländern sind sehr wichtig, das muss gut laufen, damit kein Krieg z.B. entsteht. Wirtschaft und Finanzen, da sollte das Bankensystem reguliert werden. Wettbewerb wäre gut in der EU, aber es sollte nicht so viel unfairen Wettbewerb innerhalb der EU geben. Beim Transport sollte mehr auf die Schiene verlagert werden. Bei Landwirtschaft denke ich v.a. an die Agrarwirte in Frankreich, bei Umwelt an Atomkraft und bei Bildung an PISA." (TP 17; Antwort: Internationale Beziehungen, Wirtschaft und Finanzen, Arbeit und Soziales, Wettbewerbspolitik, Transport und Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei, Umwelt, Bildung)
- „Nach dem Ausschlussverfahren. Also „Internationale Beziehungen" sind in Ordnung, „Wirtschaft" auch. „Justiz und Inneres" da gibt es viele Unterschiede zwischen den Gesetzen der einzelnen Ländern, die dazu führen, dass die Menschen in einem Land anders behandelt werden als in einem anderen. Auch was innere Sicherheit betrifft, da bestehen zu große Unterschiede, die dann im internationalen Verkehr zu Problemen führen. Mit „Wettbewerbspolitik" meine ich, dass manche Länder Förderungsmaßnahmen ergreifen können, die andere Länder nicht haben und dadurch Wettbewerbsvorteile in den Industrien haben. Das sollte möglichst gleichgestellt werden. Und alle Länder sollten gleichermaßen Umweltschutz betreiben." (TP 18; Antwort: Justiz und Inneres, Wettbewerbspolitik, Umwelt)

Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Testpersonen Schwierigkeiten mit dem Verständnis der einzelnen Politikbereiche oder der Beantwortung der Frage haben. Lediglich der Bereich „Internationale Beziehungen" erscheint zu vage. Darüber hinaus werden keine weiteren Politikbereiche unter „Sonstiges" genannt, weshalb die Auflistung der genannten Bereiche vollständig erscheint.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen, evtl. die Antwortkategorie „Internationale Beziehungen“ genauer erläutern.

Zu testende Frage:

18.2 Und in welchen Politikbereichen sollte die Europäische Union weniger entscheiden als bisher?

Bei dieser Frage können Sie mehrere Antworten auswählen.

Häufigkeitsverteilung (N=4, wenn Frage 17 „viel weniger entscheiden als momentan“ oder „etwas weniger entscheiden als momentan“, Mehrfachantworten)

	Anzahl Nennungen
Internationale Beziehungen	1
Wirtschaft und Finanzen	1
Justiz und Inneres	1
Arbeit und Soziales	2
Wettbewerbspolitik	1
Transport und Verkehr	-
Landwirtschaft und Fischerei	2
Umwelt	2
Bildung	2
Sonstiges, und zwar:	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Diese Frage wurde von den vier Testpersonen beantwortet, die bei Frage 17 angegeben haben, dass die EU (viel bzw. etwas) weniger als momentan entscheiden sollte. Nahezu jeder Politikbereich wurde zumindest einmal angegeben, wenn es um weniger Entscheidungskompetenz seitens der EU geht.

Analog zur Begründung Ihres Antwortverhaltens bei Frage 17 argumentieren die Testpersonen auch hier damit, dass die in der Vergangenheit getroffenen Reformentscheidungen der EU falsch waren (TP 10, 20):

- „Ja, dass die Länder die internationalen Beziehungen...da gibt's auch negative Sachen. Ich denke, dass die EU sich da raushalten sollte. Und dass in der Landwirtschaft und in der Umwelt und Bildung viel Geld verschwendet wird. Am falschen Punkt einfach. Dass sich da viel in die falsche Richtung ändert, nur um das Geld von der EU abzukassieren. Es gibt auch positive Sachen, aber eben auch negative.“ (TP 10)
- „Arbeit und Soziales da weiß man dann auch wieder nicht in welche Richtung es geht. Umwelt da finde ich machen alle sowieso schon so viel Unsinn. Bildung ist das Wichtigste das

sollte jedes Land selber entscheiden. Und Justiz und Inneres habe ich noch genommen und gedacht: Lasst da auch mal die Finger von." (TP 20)

Ein zweites Argument, das vorgebracht wird, ist die Autonomie der Nationalstaaten. So ist Testperson 05 der Ansicht, dass eine zentrale Regulierung über die EU nur schwer zu bewerkstelligen ist. *„Arbeit und Soziales, da denke ich auch, dass die EU über die Verhältnisse in den jeweiligen Ländern wenig Bescheid weiß und gar nicht so gut Bescheid wissen kann. Das ist schwer das so zentral zu organisieren und festzulegen, das muss jetzt so für alle sein. Genau das gilt auch für Landwirtschaft und Fischerei. Da müssen meistens Kredite aufgenommen werden um genau das anzubauen, was die EU jetzt braucht.“* (TP 05) Testperson 13 ist der Überzeugung, dass jedes Land seine Finanzen selbst regulieren sollte und muss. *„Weil manche Länder einfach für sich gucken sollten, dass sie ihre Finanzen geregelt kriegen ohne dass die Union dann wieder irgendwas entscheidet und irgendwelche Steuer von den anderen Staaten dann da hinfließen. Die haben ja auch damit gewirtschaftet mit dem Geld und haben es ausgegeben, oder nicht reingeholt.“* (TP 13)

Auch bei dieser Frage gibt es keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Testpersonen Schwierigkeiten mit dem Verständnis der einzelnen Bereiche oder der Beantwortung der Frage haben. Lediglich Testperson 20 äußert Unsicherheiten, ob sich „Internationale Beziehungen“ ausschließlich auf Mitgliedsstaaten der EU beziehe. Die „Sonstige“-Kategorie wurde nicht gewählt.

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen, evtl. die Antwortkategorie „Internationale Beziehungen genauer erläutern.“

Zu testende Frage:

18.3 Gibt es einzelne Politikbereiche, in denen die Europäische Union mehr entscheiden sollte als bisher?

Bei dieser Frage können Sie mehrere Antworten auswählen.

Häufigkeitsverteilung (N=5, wenn Frage 17 „genauso viel entscheiden wie momentan“, Mehrfachantworten)

	Anzahl Nennungen
Internationale Beziehungen	-
Wirtschaft und Finanzen	-
Justiz und Inneres	-
Arbeit und Soziales	-
Wettbewerbspolitik	1
Transport und Verkehr	1
Landwirtschaft und Fischerei	-
Umwelt	1
Bildung	1
Sonstiges, und zwar:	-
Nein, es sollte in allen Bereichen so bleiben wie es ist.	3

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Diese Frage wurde von den fünf Personen beantwortet, die bei Frage 17 angegeben haben, dass die EU genauso viel entscheiden solle wie momentan. Drei Testpersonen entscheiden sich für die Antwort „Nein, es sollte in allen Bereichen so bleiben wie es ist“, wobei sich Testpersonen 02 und 06 wie bereits bei Frage 17 für diese Antwort entscheiden, da sie nicht wissen, wie die Entscheidungskompetenz der EU momentan ist. Testperson 14 entscheidet sich für diese Antwort, weil sie keine „neuen Bestimmungen der EU“ möchte.

Testperson 19 befürwortet durchaus ein stärkeres Entscheidungsrecht der EU in bestimmten Bereichen, nicht aber bspw. für das Sozialsystem Deutschlands, da *„die Entscheidungen, die die EU in den letzten Jahren getroffen hat, für einige Mitgliedsländer einen Rückschritt bedeutet hat. Wir, die jetzt bspw. mit unserem Sozialsystem relativ weit vorne stehen, tun uns dann schwer, das in andere Hände zu geben.“* (TP 19). Befürworten würde Testperson 19 allerdings mehr Kompetenzen seitens der EU in den Bereichen Wettbewerbspolitik, Umwelt und Bildung, da sie hier gleiche Interessen aller Mitgliedsstaat-

ten vermutet: „Wettbewerbspolitik steht für mich ziemlich im Vordergrund, dass hier viele Länder auch versuchen anderen die Geschäfte weg zu nehmen bspw. mit Steuervergünstigungen. Bei Umweltfragen sollte mehr Verantwortung an die EU gehen, das ist ja im Interesse aller Beteiligten bspw. Kyoto-Protokolle zu unterschreiben. Auch bei der Bildung sollte man versuchen möglichst gleiche Bedingungen zu schaffen in den Mitgliedsstaaten.“

Testperson 12 unterstützt eine größere Entscheidungskompetenz seitens der EU im Bereich Transport und Verkehr, da sie generell gegen den länderübergreifenden Transport von „so vielen Produkten, v.a. aber Tieren“ ist und hier eine internationale Lösung Abhilfe schaffen könnte.

Zwei Testpersonen sagen, dass sie jeweils eine der Antwortkategorien weniger verständlich finden:

- „Inneres. Auf den ersten Blick fällt mir da nichts ein.“ (TP 02)
- „Internationale Beziehungen, was heißt das? Handelsabkommen? Also da kann ich mir nichts Konkretes darunter vorstellen. Der Rest ist klarer.“ (TP 06)

Empfehlung:

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen, evtl. die Antwortkategorie „Internationale Beziehungen genauer erläutern.“

Zu testende Frage:

19. Abschließend geht es um einen Vergleich der Politikbereiche, die bisher Thema dieser Befragung waren.

In welchem Bereich sollte der Staat am dringendsten Leistungen ausbauen?

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Arbeitsförderung von Menschen, die arbeitslos sind	4
Grundsicherung für Arbeitslose	-
Altersrenten	6
Pflegeleistungen	2
Gesundheitsleistungen	1
Kinderbetreuungsmöglichkeiten	1
Bildung (d.h. für Schulen und Universitäten)	6
In keinem dieser Bereiche	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

General Probing, Specific Probing.

Befund:

Die Frage wurde von allen 20 Testpersonen beantwortet. Am häufigsten (jeweils 6mal) gewählt werden die Bereiche „Altersrenten“ und „Bildung“.

Insgesamt 16 Testpersonen (TP 01, 02, 03, 05, 06, 07, 08, 10, 11, 12, 13, 15, 17, 18, 19, 20) würden bei der Beantwortung dieser Frage gerne mehrere Bereiche auswählen. Manche zeigen sich irritiert, dass nur ein Bereich auswählbar ist:

- „Ach so, steht extra drüber [dass man nur eine Antwort ankreuzen kann]. Da weiß ich es nicht. Hier würde ich eigentlich schon mehr angeben wollen. Ist so schwierig das da zu sagen.“ (TP 01)
- „Das fand ich eine schwere Frage, weil man theoretisch gerne mehrere Dinge ankreuzen wollte.“ (TP 06)
- „Da könnte man ja auch mehr Bereiche anklicken. Das ist schwer, sich hier zu entscheiden.“ (TP 12)
- „Ich kann nur eine Antwort geben. Eigentlich könnte ich alles ankreuzen.“ (TP 13)

Bei der Nachfrage, wie leicht oder schwer es den Testpersonen gefallen ist, sich für einen Bereich zu entscheiden, antworteten alle 16 Testpersonen mit „eher schwer“ bzw. „sehr schwer“. Der Grund dafür

war in allen Fällen die Tatsache, dass man sich für einen einzigen Bereich entscheiden musste und die Abwägung nicht einfach war. Auch wenn fast alle Testpersonen auf den ersten Blick gerne mehrere Bereiche ausgewählt hätten, konnten sich jedoch alle letztendlich für einen einzelnen Bereich entscheiden.

Empfehlung:

- Layout:** Da viele Testpersonen gerne mehrere Bereiche ausgewählt hätten und einige erst beim Anklicken eines weiteren Bereichs bemerkt hatten, dass nur eine Auswahl möglich ist, empfehlen wir hier die Ausfüllanweisung optisch stärker hervorzuheben, z.B. durch Unterstreichen.
- Frage:** Belassen.
- Statt einer Einfachauswahl könnte man bei dieser Frage auch eine Ausdehnung der möglichen Antworten auf die beispielsweise drei dringendsten Bereiche erlauben:
- In welchen (drei) Bereichen sollte der Staat am dringendsten Leistungen ausbauen?**
- Bei dieser Frage können Sie maximal drei Antworten geben.
- Antwortkategorien:** Belassen.

Zu testende Frage:**20. Und in welchem Bereich sollte der Staat am ehesten Leistungen abbauen?**

Bei dieser Frage können Sie nur eine Antwort geben.

Häufigkeitsverteilung (N=20)

Arbeitsförderung von Menschen, die arbeitslos sind	3
Grundsicherung für Arbeitslose	1
Altersrenten	1
Pflegeleistungen	-
Gesundheitsleistungen	-
Kinderbetreuungsmöglichkeiten	-
Bildung (d.h. für Schulen und Universitäten)	-
In keinem dieser Bereiche	15

Eingesetzte kognitive Techniken:

Emergent Probing.

Befund:

Diese Frage beantworten 15 Testpersonen mit „In keinem dieser Bereiche“. Drei Testpersonen (TP 03, 05, 09) entscheiden sich für „Arbeitsförderung von Menschen, die arbeitslos sind“, eine Testperson (TP 07) für „Grundsicherung für Arbeitslose“ und eine weitere (TP 16) für „Altersrenten“.

Auffällig an dieser Stelle ist, dass sich definitiv zwei Testpersonen (TP 03, 16), die sich für einen Politikbereich entschieden haben, verlesen haben müssen. Testperson 03 entscheidet sich nämlich in dieser Frage für denselben Politikbereich wie zuvor in Frage 19 und Testperson 16 merkt an, dass das für sie der zweitwichtigste Bereich wäre, in dem Leistungen ausgebaut werden sollten. Die Testpersonen 11 und 06 gehen zunächst davon aus, dass es sich um dieselbe Frage wie bei Frage 19 handelt:

- „Moment, wie war die Frage vorher? Das ist doch die gleiche Frage, oder? Dringendsten und ehesten? Ist ehestens eine Stufe unter dringendsten?“ (TP 06)
- „Das ist doch dasselbe.“ (TP 11)

Empfehlung:

Layout: Hier sollte optisch deutlich hervorgehoben werden, dass es hier um Leistungsabbau und nicht mehr um Leistungsausbau geht, beispielsweise durch Unterstreichen.

Frage: Belassen.

Antwortkategorien: Belassen.